

Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementpreis M. 1 pro Quartal, ohne Bringegeb. Post-Nr.: 3470.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: Ernst Fr. Deinhardt, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Gimsbüttel, Dismarckstraße 10.

Inserate
für die hiergespaltene Zeitzeile oder deren Raum 40 $\frac{1}{2}$
Bergnütungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 $\frac{1}{2}$,
Berammlungsanzeigen 10 $\frac{1}{2}$. Beilagen nach Uebereinkunft.

Eine neue Arbeiterschutz-Liga.

Es war eine recht bunt zusammengewürfelte Gesellschaft, welche am Anfang dieses Jahres in Berlin zusammentam, um, einem Rufe des ehemaligen preussischen Handelsministers v. Berlepsch, des einstigen Verfechters einer Verschlechterung des Koalitionsrechtes und Vertheidigers der brutalen Aushungerungsmaßregel gegen die streikenden Saarbergleute, folgend, eine Gesellschaft für — soziale Reform zu gründen. Die eigenthümliche Entwicklung unseres politischen Lebens hat uns ja in den letzten Jahrzehnten vor Ueber-raschungen durchaus nicht verschont, wir haben ja alle möglichen Gründungen und Erscheinungen beobachten müssen, zu denen man sehr oft nur den Kopf schütteln konnte. Mehr oder weniger handelte es sich immer um Partei- oder Vereinsgründungen, mit denen zu irgend welchen selbstischen Interessenzwecken auf die Dummheit der großen Masse des Volkes spekulirt wurde und mehr als einmal mußte man bei der Thätigkeit dieser Gründer erinnert werden an den Wolf, der in Schafskleibern zu uns kommt, oder an den Fuchs, der den Enten predigt. Einen „sozialpolitischen Goethebund“ nannte der „Vorwärts“ sehr treffend diesen Verein bei seiner Gründung, damit sollte aber durchaus kein Kompliment gesagt sein, im Gegentheil, es sollte damit nur zum Ausdruck gebracht werden, wie sich auch in diesem Falle, gleich dem ähnlichen Vorgang bei der Bekämpfung der die Sittlichkeit schädigenden lex Heinze die heterogensten Elemente zusammenfanden, um unter einem möglichst prächtigen Deckmantel einer Eigenbrödelei, einer Liebhaberei zu fröhnen oder ein besonderes Stückenpferd zu reiten, so Jeder auf seine Art etwas in Sozialreform zu machen. Das gehört ja heutzutage ebenso gut zum guten Ton, wie der Kirchenbau- und Wohltätigkeitsrummel oder die Sittlichkeitsbewegung zum guten Tone gehört. Der größte Menschen-schinder, der sonst seine Arbeiter in der unerhörtesten Weise preßt und ausbeutet, versagt es sich ja heutzutage nicht, in Arbeiterstiftungen zu machen, wie man es nicht selten antreffen kann, daß diese Leute, die im Arbeitsverhältnisse auf ihre Lohnklaven mit dem Ausdruck tiefster Verachtung herabsehen, in ihren Salons mit einigen Exemplaren von Amateurarbeitern paradieren. Das treffendste Beispiel hat man ja an dem kürzlich verstorbenen Stumm, der gegen seine Arbeiter mit einer gerazu klassischen Brutalität austrat, während er sich in öffentlich vielbelobten Stiftungen an „seine“ Arbeiter gefiel und seinen Namen allen möglichen Bestrebungen zur Besserung der Arbeiterklasse lieh, allerdings nur mit dem Erfolg, daß die Arbeiterchaft damit im Vorhinein wußte, was sie von solchen Bestrebungen, bei denen ein Stumm Rathenstelle versehen konnte, zu halten hatte. Ueber den Werth solcher Bestrebungen sollte sich die Arbeiterchaft auch bei dieser neuesten Gründung im Vorhinein klar sein, schon in Rücksicht auf einen Theil der Akteure, die dabei mitwirkten.

Wie gesagt, eine bunte Gesellschaft zeigt sich uns da, wenn wir die Gründerliste durchsehen, eine „Vereinigung von Reaktionären von der zweifelhaftesten bis zur unzweifelhaftesten Färbung, von politischen Weichhieren, Flottenchwärmern, Lebensmittelvertheurern, Manchestermännern, Sparaposteln und dergleichen“. Da ist zuerst der frühere Minister v. Berlepsch, den wir oben bereits charakterisirten, neben den Flottenprofessoren Sombart, Schmoller und Brentano, die durch ihr Eintreten für die Flottenvermehrung, durch ihren Enthusiasmus für das „größere Deutschland“ und die „gepanzerte Faust“ weiblich mit dazu beigetragen haben, daß unsere wirthschaftliche Entwicklung einen empfindlichen Stoß erhielt und der Arbeiter,

der zum großen Theil die Lasten zu tragen hat, nicht gar so üppig werde. Da ist der erst neulich im Reichstag moralisch so schwer geschundene Gottesmann Stöcker, für den der Arbeiter nur Verachtung übrig hat, neben dem manchesterlichen Fabrikanten Schmidt von Elberfeld, der sein sozialpolitisches Herz erst gestern entdeckte, denn Jahrzehnte lang hat er, den Spuren seines Busenfreundes Eugen Richter folgend, als echter Manchestermann jedes Eingreifen des Staates und der Gesetzgebung zum Schutze des Arbeiters entzweien bekämpft. Da ist der durch seine Harmoniebuselie bekannte Max Hirsch, der sich durch sein arbeiterfeindliches Verhalten im Berliner Straßenbahnerstreik ebenfalls nur die Verachtung der Arbeiter verdient hat, neben dem evangelischen Gottesmann und Kulturkämpfer Pastor Weber, der vorwiegend in Sittlichkeit und Traktatensozialpolitik macht. Da ist der durch seine Bekämpfung von Arbeiterschutzmahnen für die Arbeiter in Bleifarben- und Bleizuckerfabriken bekannt gewordene Handelskammersekretär Birmingham aus Köln neben dem katholischen Professor und Kaplan Dr. Hise, den man sich ohne seine Wurstbrühen- und Knochenkohlexepte nicht gut denken kann. Daneben ein paar Namen von weniger bekannten oder anrüchigem Klang, ein paar, ob ihrer sozialreformerischen Thätigkeit auch in Arbeiterkreisen wirklich geachteten Männer, wie der Stadtrath Dr. Fleck, der Fabrikant Freese, der Kommerzienrath Köfide, Dr. Wörishoffer und schließlich, um der ganzen Gründung nach außen die nöthige Würze zu geben, ein paar Arbeiter oder Arbeiterführer christlicher, Hirsch-Dunder'scher oder nationalsozialer Kuleur, Giesberts, Brust, Ramin, Tischendörfer — das ist die Gesellschaft, die dazu berufen sein soll, uns das soziale Heil zu bringen.

Die „Gesellschaft für soziale Reform“ ist gedacht als deutsches Glied einer internationalen Vereinigung für Arbeiterschut. Sie ist gegründet worden, „von dem Wunsche geleitet, daß die nationalen Bestrebungen zur Besserung der Lage der Lohnarbeiter in Deutschland kräftigen Fortgang nehmen“ mögen. Die Gesellschaft soll sich zur Aufgabe stellen:

1. als Glied der internationalen Vereinigung für gesetzliche Arbeiterschut, im Zusammenwirken mit den Vertretern anderer Staaten die Hindernisse zu beseitigen, die der Förderung des Arbeiterschutzes mit Rücksicht auf die Konkurrenzfähigkeit der Industrie auf dem Weltmarkt entgegenstellen werden;
2. als nationale Vereinigung der verschiedenen Bestrebungen, welche in Deutschland für die soziale Reform auf dem Gebiet der Arbeiterfrage thätig sind, diese zu stärken, durch Aufklärung in Wort und Schrift Verständniß für die soziale Reform zu wecken und zu thätiger Mitarbeit anzuregen.

Als nächste Aufgaben dieser Reform betrachten sie namentlich:

- den Ausbau des Arbeiterschutzes und der Gewerbeaufsicht,
- die Förderung des Arbeitsnachweises,
- die Fortbildung der Einrichtungen zur Beschützung und Beilegung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis,
- den Ausbau der Arbeiterversicherung im weitesten Sinne,
- die Förderung der Bestrebungen der Arbeiter, in Berufsvereinen und Genossenschaften ihre Lage zu bessern.

Ein wie dilettantenhaftes Gepräge diese neueste Gründung trägt, geht allein schon aus der Rede hervor, mit der Herr v. Berlepsch Anfang Januar die Gründerversammlung eröffnete, in der er erklärte, daß man sich nicht auf ein bestimmtes soziales Glaubensbekenntniß festlegen wolle; aber praktisch arbeiten wolle man.

Das praktische Arbeiten der Tausende und Aber-tausende, die sich nach Herrn v. Berlepsch dem Vereine anschließen sollen, erläuterte dann Herr Sombart bei Besprechung des von ihm entworfenen Statuts näher, indem er ausführte, daß die Generalversamm-

lungen des Vereins keine bindenden Resolu-tionen fassen dürften, da man sich nicht der Möglichkeit zufälliger, von lokalen Verhält-nissen beeinflussten Majoritäten aussetzen wolle. Es könnten einmal an dem Orte einer Generalversammlung eine große Anzahl christlicher Arbeiter in dem von ihren unklaren Führern genährten dummen Wahne, diese Dilettanten des goldpapierenen sozialpolitischen Theatersports möchten ihnen wirklich zur Verbesserung ihrer Lebenslage, zur Stärkung ihrer Position im Kampfe gegen das Unternehmertum behülflich sein, einen Beschluß durchdrücken, daß die ganze zusammengelaufene Gesellschaft mit gestäubtem Haar wieder auseinander liefe; in Sorge um den Profit, in Sorge um ihren Ruf politischer „Unbedenklichkeit“, in Sorge um die „Weltmachstellung“, in Sorge darum, daß es — Ernst werden könnte mit dem Arbeiterschut. Die konstituierende Versammlung hat denn auch diesem Vorschlage des Herrn Sombart entsprechend beschlossen. Sie hat sich selbst und ihren Verein damit zur Bedeutungslosigkeit verurtheilt und das Mißtrauen, daß infolge der Gründerqualität diesem Verein seitens der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften entgegen gebracht wurde, glänzend gerechtfertigt.

Nach dem Statut, das im Uebrigen ziemlich belanglos ist, sollen über die Zwecke des Vereins Vorträge und Kurse gehalten, Flugblätter und Broschüren vertheilt und Petitionen an Regierungen, gesetzgebende Körper-schaften zc. gemacht werden.

Darüber, was geschieht, wenn die Regierungen, gesetzgebenden Körperschaften zc. die Petitionen der Gesellschaft in den Papierkorb werfen oder als schätzbares „Material“ in die Archive packen, macht man sich keine Sorge; darauf kommt es ja auch in der That nicht an — die Hauptsache ist, daß alle „Stände und Rich-tungen“ vereinigt sind.

Das Letztere scheint denn auch der ganze Stolz des Hauptwortführers dieser neuesten Sozialheilmethode, des Herrn v. Berlepsch, zu sein, denn mit geziemender Genugthuung setzte er in der am 16. März statt-gefundenen Ausschußsitzung dieser Gesellschaft aus-einander, wie schnell es ihnen gelungen sei, die anti-sozialdemokratischen Vereine unter einen Hut zu bringen. „Die Zentralverbände der nichtsozialdemokratischen Arbeiterberufsvereine“, so sagte Herr v. Berlepsch, „sind sämtlich beigetreten, ebenso die christlichen Ge-werkschaften der Bergleute, der Textilarbeiter, der Eisenbahner; ferner der Zentralrath der Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften mit einer Reihe von Ortsvereinen; der Gesamtverband Evangelischer Arbeitervereine mit mehreren Einzelvereinen; der Volksverein für das katholische Deutschland und endlich zahlreiche katholische Arbeitervereine.“

In der That wird sich dieser neue Verein schon in seiner Zusammensetzung darauf beschränken, ein paar erfolglose Anläufe zum Kampf gegen die Sozial-demokratie und die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften und gelegentliche überlaute Lobsprüche auf unsere herrliche Sozialreform zu verzapfen. Und dann wird dieser Verein nach kürzerer oder längerer Zeit ebenso von der Bildfläche verschwinden oder das bescheidene Dasein eines Diskurklubs fristen, wie es mit diesen Grün-dungen bisher immer noch geschah.

Die Ausschußsitzung vom 16. März hat nun ja mit ihrer sozialreformerischen Thätigkeit schon begonnen. Es wurde beschlossen, die gesetzliche Einrichtung eines Reichsarbeitsamtes zu fordern. Ueber die Formulierung eines Beschlusses, der die Verleihung von Korporations-rechten an die Arbeiterberufsvereine verlangen soll, wurde man aber noch nicht einig, die nächste Ausschuß-

figung soll ihn zeitigen. Auf diese beiden Forderungen soll sich zunächst die Tätigkeit der neuen Arbeiterpartei richten. Was dann noch kommen wird, werden wir ja sehen. Wie gesagt, viel mehr als einige schwächliche Scheinreformpläne werden kaum aus dieser Tätigkeit spritzen, denn diese zusammengewürfelte Gesellschaft läßt sich nur auf der Grundlage ununterbrochener Kompromisse zusammenhalten. Und was Herr v. Berlepsch als Minister nicht durchsetzen konnte, weil der Widerstand in der Regierung selbst, sowie in der Vertretung des Unternehmertums zu stark war, das wird er als einfacher Agitator erst recht nicht erreichen.

Wenn deshalb die Hirsch-Dunder'schen und christlichen Arbeiterorganisationen dieser Gesellschaft ihre Unterstützung leihen, können wir wieder nur unserem Bedauern Ausdruck geben darüber, daß sie sich auf solche Abwege begeben.

Auch der Hirsch-Dunder'sche Gewerkverein der deutschen Tischler und der christliche Holzarbeiterverband sind dieser Gesellschaft beigetreten, letzterer mit einer einladenden Bemerkung an unsere Adresse. Im „Holzarbeiter“, dem Organ des christlichen Holzarbeiterverbandes, erklärt der Vorsitzende desselben, Stegerwald:

„Zu bedauern ist nur, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften an den Bestrebungen der Gesellschaft für soziale Reform sich nicht beteiligen. Wenn die Arbeiter in dieser Gesellschaft den Sauerreig bilden, so dürften die Bestrebungen der Arbeiterorganisationen wesentlich gefördert werden, da gerade die moderne Nationalökonomie bezw. deren Vertreter vernünftigen Forderungen der Arbeiter nicht abhold gesinnt sind, daher in vielen Punkten Einigkeit erzielt werden kann.“

Das kann nur ein Mann sagen, der in organisatorischer Hinsicht noch wenig Erfahrung sammeln konnte. Wir wissen zur Genüge, daß sich in Gesellschaft und mit den Mitteln eines Stöder, Hize, Weber usw. keine Erfolge für die Arbeiterschaft erzielen lassen, ja, daß es für den Arbeiter das Klügste ist, recht weit von diesen Leuten abzurücken. Und da wir nicht Ehrgeiz genug haben, uns zu der Rolle eines Parabearbeiters, zum Zwecke der besseren Etikettierung aller möglichen Eigenbrödeleien, zu drängen, lassen wir sie besser unter sich. Freilich, die christlichen und die Hirsch-Dunder'schen Holzarbeiter scheinen in der Gesellschaft für soziale Reform sehr am Platze zu sein.

Briefe aus dem Reichstage.

Die beiden letzten Wochen der Session vor den Osterferien waren fast ausschließlich der Statberathung gewidmet. Die vorletzte Woche wurde mit der 2. Lesung ausgefüllt. Die letzte Woche brachte die 3. Lesung. Dem Bundesrath bereitet die Zustimmung keine große Schwierigkeiten, so daß der Etat rechtzeitig zum Schlußtermin, den 31. März, unter „Dach und Fach“ gebracht ist.

Am Montag der vorletzten Woche leiteten die Verhandlungen mit der Verathung des Kolonialetat's ein. Bei dieser Gelegenheit feierte der neue Kolonialdirektor Herr Dr. Stübel, sein Debüt.

Zugestandenemmaßen existirt in den Kolonien noch die Hausklatzerei, trotzdem die Sklaverei seit Jahren abgeschafft ist. Auf die Frage Webers, wodurch denn die Zahl der Sklaven, die doch „aussterben“ müßten, ihre Erhaltung findet, gab Herr Dr. Stübel unumwunden zu, daß die von Sklaven Geborenen nicht frei werden, sondern wieder in das System der Hausklatzerei einrücken. Darnach ist für den Besitzer ein Hausklatzerehepaar je werthvoller, je fruchtbarer dasselbe in der Kinderzeugung ist.

Der Zentrumsredner v. Hertling nannte es „unerhört“, wenn unter dem Schutze der Behörden die Sklaverei noch fortbestände. Herr Dr. Stübel erklärte beschwichtigend die Behörden seien angewiesen, „auch den Sägen zu vermeiden, daß es sich bei der Hausklatzerei um eine gesetzliche Einrichtung handle.“ Treffend wurde vom Genossen v. Bollmar repliziert: „Dann sollte man offen erklären, wir können die Sklaverei nicht beseitigen, wir treten offen für sie ein.“ Herr v. Stolberg war denn auch offen genug, die Behauptung aufzustellen, bei dem jetzigen Zustand der Kolonien habe es keinen Zweck, über „derartige Dinge“ zu sprechen. Wir denken das genügt als „Dämpfer“ für diejenigen, die der Kolonialpolitik damit das Wort reden, den „armen, schwachen Leuten“ müßten die Segnungen „christlicher Liebe“ und „abendländischer Kultur“ gebracht werden.

Zu bemerken ist noch, daß die „Prügelstrafe“ in den Kolonien noch flott im Gange ist. Daß die „Prügelstrafe“ auf konservativer Seite vertheidigt wurde, konnte nicht „verblüffen“. „Verblüffen“ wirkte es aber doch, daß die Art und Weise, wie geprügelt werde“, und der Konservative Schreier sprach, daß, wenn sein Material, das er dem Kolonialdirektor zur Verfügung stellte, durch die „Stille des Gouvernements v. Pöhlmann angelesen werde“, er sich gezwungen sehe, die Fälle später einzeln zu erörtern.

Erwähnt auch werden, daß der neue Kolonialdirektor fast den ganzen Tag die Verfügung gab, die gerügten Mißstände zu

untersuchen und darauf hinzuwirken, einer Wiederholung vorzubeugen.

Dem Kolonialetat folgte in der Verathung der Etat des Reichseisenbahnamtes. Einer vorgeschlagenen Resolution folgend, die verlangt, daß der Reichskanzler dem Reichstage regelmäßig Mittheilung zu machen habe darüber, was für Einrichtungen für die Sicherheit und Bequemlichkeit des Publikums getroffen würden, gab der Reichseisenbahnpräsident bekannt, daß zunächst sämtliche Blocksignale mit „Vorsignalen“ versehen werden sollen. Daß geprüft werden soll, ob die „sichtbaren Signale“ durch „hörbare Signale“ zu ersetzen sind, auch daß die Streckenglocken Einrichtungen erhalten, die eine selbstthätige Mitwirkung der fahrenden Züge gestatten. Dann soll die Aufmerksamkeit für eine erhöhte Sicherheit der D-Züge und den Verjahren für selbstthätige Kuppelung zugewandt werden.

Die Genossen Stolle, Stadthagen und Zubeil nahmen sich mit Wärme der Interessen der kleinen Beamten und Arbeiter an. Gerügt wurden die lange Arbeitszeit, geringe Entlohnung und die Verkümmern des Kvalitionsrechts der Arbeiter. Für die Höhe der Entlohnung der Eisenbahnarbeiter ist ein Schreiben des preussischen Eisenbahnministers charakteristisch, daß von den Verordnungen Mittheilung über die Höhe der Lohnsätze einfordert, um prüfen zu können, „in welchem Verhältniß die Löhne im Vergleich zu den Tagelöhnen der Landwirtschaft und Industrie stehen, um letztere nicht zu überbieten.“ Dazu ist jede Randglosse überflüssig.

Gegenüber dem vielen Komfort, mit dem die unrentabelste Wagenklasse ausgestattet ist, lenkte Genosse Zubeil die Aufmerksamkeit auf die noch immer recht primitiven Verhältnisse der Ausstattung der vierten Wagenklasse. Die Sitzgelegenheit sei unbequem und unzureichend. Sarkastisch meinte Zubeil, vielleicht könnten die zum „Festhalten“ angebrachten Lederriemen es den Passagieren ermöglichen, „in Stehen zu schlafen“.

Interessant gestalteten sich die Verhandlungen über das „Kapitel Reichsversicherungsamts“. Zu dem „Kapitel“ war von sozialdemokratischer Seite eine Resolution gestellt, die zu ständigen Mitgliedern des Reichsversicherungsamtes die Berufung von Technikern und Nationalökonomien verlangt. Genosse Hoch begründete die Resolution. Weiter verlangte Redner die Mitarbeit der Arbeitervertreter in stärkerem Maße. Das Umgekehrte aber sei eingetreten. Früher fand allmonatlich eine Plenarsitzung unter Mitwirkung der Arbeitervertreter statt. Die Plenarsitzungen sollen nun ausfallen und Abtheilungssitzungen stattfinden. Mit Recht tabelte es Genosse Hoch, daß, trotzdem die Bestimmung, die die Mitwirkung der Arbeiter bei der Revision der Heilanstalten vorsieht, ein Jahr in Kraft ist, von der Mitwirkung der Arbeiter noch kein Gebrauch gemacht worden ist.

Weiter verlangt Redner eine Verbesserung der Unfallstatistik und strenge Unterjagung an die Aerzte, ihre Zeugnisse nur auf den ärztlichen Befund, nicht aber auf den Grad der Erwerbsfähigkeit auszubehnen. Hoch erinnerte den Grafen Posadowsky daran, daß er nach dieser Richtung sich ehrenwörtlich verpflichtet habe. Der Herr Staatssekretär beeilte sich denn auch, zu erklären, daß er durch Zuschrift an das Reichsversicherungsamts sein Ehrenwort bereits eingelöst habe, aber bereit sei, nochmals sein Ersuchen in Erinnerung zu bringen, da ihm eine Antwort noch nicht zugegangen sei.

Der „wildkonservative“ antisemitisch angehauchte Tischlermeister Pauli-Potsdam kündete das Märchen wieder auf, daß die Arbeiter es seien, die in leichtsinniger Weise die Unfallvorschriften außer Acht lassen und so die Steigerung der Unfälle herbeiführten. Wenn der Herr spricht, wird er paterrot. Er gehört zu jenen naiven Leuten, die, noch in dem Bahn befangen sind, sie könnten den Mangel an Beweisgründen durch Produktionen der Lungenkraft ersetzen und damit auf denkende Menschen Eindruck machen. Nur ein Beweis, wie wenig das Denbvermögen dieser „Kollaterale“ ausgebildet ist.

Der Bundesrath beruft bezw. ernennt die nicht ständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamtes, soweit die Letzteren nicht aus von den Arbeitern bezw. den Berufs-genossenschaften gethätigten Wahlen hervorgehen. Im letzteren Jahre sind nun zwei Beamte des Reichsamtes des Innern — also der vorgelegten Behörde des Reichsversicherungsamtes — zu Mitgliedern des letzteren ernannt worden. Ist dieser Zustand an und für sich schon ein unhaltbarer, so erhält er einen noch recht unangenehmen Beigeschmack durch die Thatsache, daß die beiden genannten Mitglieder geeignet sind, den letzten Rest des Vertrauens der Arbeiter zu dem Reichsversicherungsamts, das ohnehin fast im Schwinden begriffen ist, vollständig zu untergraben. Der eine Herr, Geheimrath Grunert, ist der Verfasser der „denkwürdigen Denkschrift“ zu dem sogenannten Buchthausgesetz und der Andere — Herr Hoffmann, ist der Verfasser jener Artikel, in denen die Entwindung der Selbstverwaltung der Krankenkassen durch die

Arbeiter bei Gelegenheit der Revision des Krankenkassengesetzes gefordert wurde.

Genosse Singer bezeichnete die Ernennung der beiden Herren als eine Warnung für den Reichstag, die Rechte des Bundesrathes nicht auszudehnen. Dieser Ansicht schlossen sich der Liberale Köstl und der Redner des Zentrums, Herr Trimborn, an.

Durch die Einsetzung von 2 Millionen Mark zum Bau von Wohnungen für gering besoldete Beamte und Arbeiter in den Betrieben und Verwaltungen des Reichs ist der erste Schritt von Reichswegen gemacht, der Wohnungsnoth zu begegnen. Auch der Staatssekretär meinte, es sei der „Anfang“. In künftige Etats würden größere Summen für diesen Zweck eingestellt. Die Regierung sei mit dem Inhalt der beantragten Resolution vollständig einverstanden. Die Resolution, die angenommen wurde, lautet: „Der Reichstag spricht die Erwartung aus, daß die hier bewilligten Summen nur Verwendung finden, wenn bei Festsetzung der Miethpreise der mit Mithilfe des Reichs errichteten Wohnungen nur die landesübliche Verzinsung und Amortisation des zum Bau des Hauses aufgewendeten Kapitals, sowie die Kosten der Verwaltung und Instandsetzung in Anrechnung gebracht werden, und daß die Häuser späterhin keinen anderen Zwecken dienen dürfen.“ Gehen die Kommunen in gleicher Weise an die Bekämpfung der Wohnungsnoth — in einzelnen Großstädten ist, Dank der Initiative der Sozialdemokratie, bereits der Anfang gemacht worden —, so wird den „Schröpfungen“ der nimmermatten Hausagrarien ein kräftiger Niegel vorgehoben.

Einstimmig nahm der Reichstag noch folgende Resolution an: „Den Reichskanzler zu ersuchen, im Reichshaushalt-Etat für das Jahr 1902 eine entsprechende Summe zur Förderung der Bekämpfung der Tuberkulose, insbesondere auch zur Errichtung von Heilstätten für Lungenkranke einzusetzen.“

Genosse Singer betonte bei dieser Gelegenheit, daß, sollte Ersprießliches geleistet werden, „tief in denbeutel gegriffen werden müsse.“ Er hoffe, es werde eine „möglichst große Summe“ in den Etat eingesetzt werden.

Die 3. Lesung des Etats, die schon seit Jahren nur eine geschäftsmäßige Korrektur und Ergänzung der Ergebnisse der 2. Verathung bezweckte und erzielte, war diesmal reich an bewegten Szenen, die in der vorletzten Sitzung eine hochdramatische Gestaltung annahmen. Die Ordnungsrufe „hagelten“ nur so nieder. Genosse Weber erhielt am Schluß einer Rede den dritten Ordnungsruf, als er unterstellte, Herr Stöder litte an „moralischem Wahnsinn“. Nur der Umstand, daß Genosse Weber geendet, schützte ihn vor der Strafe der Wortentziehung. Infolge der unqualifizierten Angriffe, die der ehemalige Hopprediger gegen die sozialdemokratische Partei im Allgemeinen und die Genossen Weber und Singer im Besonderen geschleudert hatte, mußte mit dem Herrn einmal Generalabrechnung gehalten werden. Und diese war gründlich.

Genosse Singer schloß eine Rede mit dem Homer'schen Zitat: „Nichts Gündischeres giebt es auf der Erde, als einen Menschen zu sehen, dessen Zunge zwiespältig redet.“ Und Genosse Stadthagen meinte: Man thue dem Abgeordneten Stöder wehe mit der Annahme, er sei im Stande, die Bedeutung der Wahrheit und des Eides zu erfassen. Nach diesen Vorgängen halten wir es für ausgeschlossen, daß sich in Deutschland noch jemals ein Wahlkreis finden wird, der es sich zur Ehre anrechnet, Herrn Stöder in den Reichstag zu senden.

Geno so äußerte sich der Staatssekretär des Reichsjustizamts auf eine von dem Genossen Haje unter Vorführung der Thatsachen gegen den preussischen Justizminister gerichtete Beschwerde, betreffend die Beeinflussung der Staatsanwaltschaft und der Richter. Den gleichen Vorwurf hatte Genosse Heine erhoben und begründet, dessen Rede Herr Nieberding als ein „Meisterstück“ bezeichnete, wie man einen Abwesenden mit spitzen Bemerkungen verfolgt. Herr Schönstedt, der zwar Bundesrathsmittglied ist, hatte es vorgezogen, „fern vom Schuß“ sich der Verantwortung zu entziehen und dem schwer angegriffenen Genossen Heine keine Rede und Antwort zu stehen.

Den Einwand des Herrn Nieberding, es sei nicht wohl-anständig, einen Abwesenden anzugreifen, fertigte Genosse Heine treffend mit der Gegenfrage ab: „Warum ist der Mann nicht da?“ und fügte hinzu: „Wir können doch nicht dadurch mundtot gemacht werden, daß die Herren wegbleiben.“ Gewiß wäre das ein probates Mittel, den schon lange gesuchten Maulkorb der Opposition vorzubinden.

Die Verhandlungen der beiden letzten Tage waren von je achtstündiger Dauer, und die Reichsboten waren froh, den heimathlichen Penaten zuweilen zu können. Der Zufall brachte es mit sich, daß die letzte Sitzung vor den Osterferien am 30. Jahresstag der ersten Sitzung des Reichstages stattfand. Von den dem ersten Reichstag angehörenden Abgeordneten gehören dem gegenwärtigen nur noch vier an, darunter Genosse Weber.

sigung soll ihn zeitigen. Auf diese beiden Forderungen soll sich zunächst die Tätigkeit der neuen Arbeiterpartei richten. Was dann noch kommen wird, werden wir ja sehen. Wie gesagt, viel mehr als einige schwächliche Scheinreformenpläne werden kaum aus dieser Tätigkeit sprießen, denn diese zusammengewürfelte Gesellschaft läßt sich nur auf der Grundlage ununterbrochener Kompromisse zusammenhalten. Und was Herr v. Berlepsch als Minister nicht durchsetzen konnte, weil der Widerstand in der Regierung selbst, sowie in der Vertretung des Unternehmertums zu stark war, das wird er als einfacher Agitator erst recht nicht erreichen.

Wenn deshalb die Hirsch-Dunder'schen und christlichen Arbeiterorganisationen dieser Gesellschaft ihre Unterstützung leihen, können wir wieder nur unserem Bedauern Ausdruck geben darüber, daß sie sich auf solche Abwege begeben.

Auch der Hirsch-Dunder'sche Gewerkverein der deutschen Tischler und der christliche Holzarbeiterverband sind dieser Gesellschaft beigetreten, letzterer mit einer einladenden Bemerkung an unsere Adresse. Im „Holzarbeiter“, dem Organ des christlichen Holzarbeiterverbandes, erklärt der Vorsitzende desselben, Stegerwald:

„Zu bedauern ist nur, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften an den Bestrebungen der Gesellschaft für soziale Reform sich nicht beteiligen. Wenn die Arbeiter in dieser Gesellschaft den Sauerwein bilden, so dürften die Bestrebungen der Arbeiterorganisationen wesentlich gefördert werden, da gerade die moderne Nationalökonomie bezw. deren Vertreter vernünftigen Forderungen der Arbeiter nicht abhold gesinnt sind, daher in vielen Punkten Einigkeit erzielt werden kann.“

Das kann nur ein Mann sagen, der in organisatorischer Hinsicht noch wenig Erfahrung sammeln konnte. Wir wissen zur Genüge, daß sich in Gesellschaft und mit den Mitteln eines Stöcker, Hise, Weber usw. keine Erfolge für die Arbeiterschaft erzielen lassen, ja, daß es für den Arbeiter das Klügste ist, recht weit von diesen Leuten abzurücken. Und da wir nicht Ehrgeiz genug haben, uns zu der Rolle eines Paradearbeiters, zum Zwecke der besseren Etikettierung aller möglichen Eigenbrödeleien, zu drängen, lassen wir sie besser unter sich. Freilich, die christlichen und die Hirsch-Dunder'schen Holzarbeiter scheinen in der Gesellschaft für soziale Reform sehr am Platze zu sein.

Briefe aus dem Reichstage.

Die beiden letzten Wochen der Session vor den Osterferien waren fast ausschließlich der Statberathung gewidmet. Die vorletzte Woche wurde mit der 2. Lesung ausgefüllt. Die letzte Woche brachte die 3. Lesung. Dem Bundesrathe bereitet die Zustimmung keine große Schwierigkeiten, so daß der Etat rechtzeitig zum Schlußtermin, den 31. März, unter „Dach und Fach“ gebracht ist.

Am Montag der vorletzten Woche setzten die Verhandlungen mit der Berathung des Kolonialletats ein. Bei dieser Gelegenheit feierte der neue Kolonialdirektor, Herr Dr. Stübel, sein Debüt.

Zugestandenenermaßen existiert in den Kolonien noch die Hausflawerei, trotzdem die Sklaverei seit Jahren abgeschafft ist. Auf die Frage Webers, wodurch denn die Zahl der Sklaven, die doch „aussterben“ müßten, ihre Ergänzung findet, gab Herr Dr. Stübel unumwunden zu, daß die von Sklaven Geborenen nicht frei werden, sondern wieder in das System der Hausflawerei einrücken. Darnach ist für den Besitzer ein Hausflawencheppat je werthvoller, je fruchtbarer dasselbe in der Kindererzeugung ist.

Der Zentrumredner v. Hertling nannte es „unerhört“, wenn unter dem Schutze der Behörden die Sklaverei noch fortbestände. Herr Dr. Stübel erklärte beschwichtigend, die Behörden seien angewiesen, auch den Schein zu vermeiden, daß es sich bei der Hausflawerei um eine gesetzliche Einrichtung handle. Treffend wurde vom Genossen v. Solimair repliziert: „Dann solle man offen erklären, wir können die Sklaverei nicht beseitigen, wir treten offen für sie ein.“ Herr v. Stolberg war dem auch offen genug, die Behauptung anzustellen, bei dem jetzigen Zustand der Kolonien habe es keinen Zweck, über „derartige Dinge“ zu sprechen. Wir denken, das genügt als „Dämpfer“ für Diejenigen, die der Kolonialpolitik damit das Wort reden, den „armen, schwarzen Leuten“ müßten die Segnungen „christlicher Liebe“ und „abendländischer Kultur“ gebracht werden.

Es bemerken ist noch, daß die „Prügelstrafe“ in den Kolonien noch flott im Gange ist. Daß die „Prügelstrafe“ auf konservativer Seite vertheidigt wurde, konnte nicht verblüffen. „Beschließend“ wirkte es aber doch, daß die Art und Weise, wie geprügelt werde, und der konservativen Schwanz dröste, daß, wenn sein Material, das er dem Kolonialdirektor zur Verfügung stelle, durch die „Stille des Conservatismus v. Puttkamer angesehen werde“, er sich gegnigt sehe, die Fälle später einzeln zu erörtern.

Es ist auch zu bedauern, daß der neue Kolonialdirektor fast gar nichts die Verbesserung gab, die geringen Mängel zu

untersuchen und darauf hinzuwirken, einer Wiederholung vorzubeugen.

Dem Kolonialletat folgte in der Berathung der Etat des Reichseisenbahnamtes. Einer vorgelegenen Resolution folgend, die verlangt, daß der Reichskanzler dem Reichstage regelmäßig Mittheilung zu machen habe darüber was für Einrichtungen für die Sicherheit und Bequemlichkeit des Publikums getroffen würden, gab der Reichseisenbahnpräsident bekannt, daß zunächst sämtliche Blocksignale mit „Vorsignalen“ versehen werden sollen. Daß geprüft werden soll, ob die „sichtbaren Signale“ durch „hörbare Signale“ zu ersetzen sind, auch daß die Stredenglocken Einrichtungen erhalten, die eine selbstthätige Mitwirkung der fahrenden Züge gestatten. Dann soll die Aufmerksamkeit für eine erhöhte Sicherheit der D-Züge und den Versuchen für selbstthätige Kuppelung zugewandt werden.

Die Genossen Stolle, Stadthagen und Zubeil nahmen sich mit Wärme der Interessen der kleinen Beamten und Arbeiter an. Gerügt wurden die lange Arbeitszeit, geringe Entlohnung und die Verkümmern des Koalitionsrechts der Arbeiter. Für die Höhe der Entlohnung der Eisenbahnarbeiter ist ein Schreiben des preussischen Eisenbahnministers charakteristisch, daß von den Verwaltungen Mittheilung über die Höhe der Lohnsätze einfordert, um prüfen zu können, „in welchem Verhältniß die Löhne im Vergleich zu den Tagelöhnen der Landwirtschaft und Industrie stehen, um letztere nicht zu überbieten.“ Dazu ist jede Standglosse überflüssig.

Gegenüber dem vielen Komfort, mit dem die unrentabelste Wagenklasse ausgestattet ist, lenkte Genosse Zubeil die Aufmerksamkeit auf die noch immer recht primitiven Verhältnisse der Ausstattung der vierten Wagenklasse. Die Gelegenheit sei unbequem und unzureichend. Sarkastisch meinte Zubeil, vielleicht könnten die zum „Festhalten“ angebrachten Lederriemen es den Passagieren ermöglichen, „in Stehen zu schlafen“.

Interessant gestalteten sich die Verhandlungen über das „Kapitel Reichsversicherungsamt“. Zu dem „Kapitel“ war von sozialdemokratischer Seite eine Resolution gestellt, die zu ständigen Mitgliedern des Reichsversicherungsamtes die Berufung von Technikern und Nationalökonomien verlangt. Genosse Hoch begründete die Resolution. Weiter verlangte Redner die Mitarbeit der Arbeitervertreter in stärkerem Maße. Das Umgekehrte aber sei eingetreten. Früher fand allmonatlich eine Plenarsitzung unter Mitwirkung der Arbeitervertreter statt. Die Plenarsitzungen sollen nun ausfallen und Abtheilungssitzungen stattfinden. Mit Recht tabelte es Genosse Hoch, daß, trotzdem die Bestimmung, die die Mitwirkung der Arbeiter bei der Revision der Heilanstalten vorsieht, ein Jahr in Kraft ist, von der Mitwirkung der Arbeiter noch kein Gebrauch gemacht worden ist.

Weiter verlangt Redner eine Verbesserung der Unfallstatistik und strenge Unterjagung an die Aerzte, ihre Zeugnisse nur auf den ärztlichen Befund, nicht aber auf den Grad der Erwerbsfähigkeit auszubehnen. Hoch erinnerte den Grafen Kosadomsky daran, daß er nach dieser Richtung sich ehrenwörtlich verpflichtet habe. Der Herr Staatssekretär beeilte sich denn auch, zu erklären, daß er durch Zuschrift an das Reichsversicherungsamt sein Ehrentwort bereits eingelöst habe, aber bereit sei, nochmals sein Ersuchen in Erinnerung zu bringen, da ihm eine Antwort noch nicht zugegangen sei.

Der „wildkonserervative“ antisemitisch angehauchte Tischlermeister Pauli-Rosdani tischte das Märchen wieder auf, daß die Arbeiter es seien, die in leichtsinniger Weise die Unfallvorschriften außer Acht lassen und so die Steigerung der Unfälle herbeiführten. Wenn der Herr spricht, wird er puterrot. Er gehört zu jenen naiven Leuten, die noch in dem Bahm befangen sind, sie könnten den Mangel an Beweisgründen durch Produktionen der Lungenkraft ersetzen und damit auf denkende Menschen Eindruck machen. Nur ein Beweis, wie wenig das Denhvermögen dieser „Polterer“ ausgebildet ist.

Der Bundesrath beruft bezw. ernannt die nicht ständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamtes, soweit die Redner nicht aus von den Arbeitern bezw. den Berufsgenossenschaften gethätigten Wahlen hervorgehen. Im letzteren Jahre sind nun zwei Beamte des Reichsamtes des Innern — also der vorgelegten Behörde des Reichsversicherungsamtes — zu Mitgliedern des letzteren ernannt worden. Ist dieser Zustand an und für sich schon ein unhaltbarer, so erhält er einen noch recht unangenehmen Reizgeschmack durch die Thatsache, daß die beiden genannten Mitglieder geeignet sind, den letzten Rest des Vertrauens der Arbeiter zu dem Reichsversicherungsamt, das ohnehin stark im Schwinden begriffen ist, vollständig zu untergraben. Der eine Herr, Geheimrath Gramert, ist der Verfasser der „denkwürdigen Denkschrift“ zu dem sogenannten Buchhansgesetz und der Andere — Herr Hoffmann, ist der Verfasser jener Artikel, in denen die Entwindung der Selbstverwaltung der Krankenkassen durch die

Arbeiter bei Gelegenheit der Revision des Krankenkassengesetzes gefordert wurde.

Genosse Singer bezeichnete die Ernennung der beiden Herren als eine Warnung für den Reichstag, die Rechte des Bundesrathes nicht auszubehnen. Dieser Ansicht schlossen sich der Liberale Nöckel und der Redner des Zentrums, Herr Trimborn, an.

Durch die Einsetzung von 2 Millionen Mark zum Bau von Wohnungen für gering besoldete Beamte und Arbeiter in den Betrieben und Verwaltungen des Reichs ist der erste Schritt von Reichswegen gemacht, der Wohnungsnoth zu begegnen. Auch der Staatssekretär meinte, es sei der „Anfang“. In künftige Etats würden größere Summen für diesen Zweck eingestellt. Die Regierung sei mit dem Inhalt der beantragten Resolution vollständig einverstanden. Die Resolution, die angenommen wurde, lautet: „Der Reichstag spricht die Erwartung aus, daß die hier bewilligten Summen nur Verwendung finden, wenn bei Festsetzung der Miethpreise der mit Mithilfe des Reichs errichteten Wohnungen nur die landesübliche Verzinsung und Amortifikation des zum Bau des Hauses aufgewendeten Kapitals, sowie die Kosten der Verwaltung und Instandsetzung in Anrechnung gebracht werden, und daß die Häuser späterhin keinen anderen Zwecken dienen dürfen.“ Gehen die Kommunen in gleicher Weise an die Bekämpfung der Wohnungsnoth — in einzelnen Großstädten ist, Dank der Initiative der Sozialdemokratie, bereits der Anfang gemacht worden —, so wird den „Schröpfungen“ der nimmermatten Hausagrarier ein kräftiger Niegel vorgeschoben.

Einmüthig nahm der Reichstag noch folgende Resolution an: „Den Reichskanzler zu ersuchen, im Reichshaushalt-Etat für das Jahr 1902 eine entsprechende Summe zur Förderung der Bekämpfung der Tuberkulose, insbesondere auch zur Errichtung von Heilstätten für Lungentrante einzusetzen.“

Genosse Singer betonte bei dieser Gelegenheit, daß, solle Ersprießliches geleistet werden, tief in den Beutel gegriffen werden müsse.“ Er hoffe, es werde eine „möglichst große Summe“ in den Etat eingesetzt werden.

Die 3. Lesung des Etats, die schon seit Jahren nur eine geschäftsmäßige Korrektur und Ergänzung der Ergebnisse der 2. Berathung bezweckte und erzielte, war diesmal reich an bewegten Szenen, die in der vorletzten Sitzung eine hochdramatische Gestaltung annahmen. Die Ordnungsrufe „hagelten“ nur so nieder. Genosse Weber erhielt am Schluß einer Rede den dritten Ordnungsruf, als er unterstellte, Herr Stöcker litte an „moralischem Wahnsinn“. Nur der Umstand, daß Genosse Weber geendet, schützte ihn vor der Strafe der Wortentziehung. Infolge der unqualifizierten Angriffe, die der ehemalige Hofprediger gegen die sozialdemokratische Partei im Allgemeinen und die Genossen Weber und Singer im Besonderen geschleudert hatte, mußte mit dem Herrn einmal Generalabrechnung gehalten werden. Und diese war gründlich.

Genosse Singer schloß eine Rede mit dem Homer'schen Zitat: „Nichts Gündischeres giebt es auf der Erde, als einen Menschen zu sehen, dessen Zunge zweispaltig redet.“ Und Genosse Stadthagen meinte: Man thue dem Abgeordneten Stöcker wehe mit der Annahme, er sei im Stande, die Bedeutung der Wahrheit und des Eides zu erfassen. Nach diesen Vorgängen halten wir es für ausgeschlossen, daß sich in Deutschland noch jemals ein Wahlkreis finden wird, der es sich zur Ehre anrechnet, Herrn Stöcker in den Reichstag zu senden.

Ebenso äußerte sich der Staatssekretär des Reichsjustizamtes auf eine von dem Genossen Gaje unter Vorführung der Thatsachen gegen den preussischen Justizminister gerichtete Beschwerde, betreffend die Beeinflussung der Staatsanwaltschaft und der Richter. Den gleichen Vorwurf hatte Genosse Heine erhoben und begründet, dessen Rede Herr Nieberding als ein „Meisterstück“ bezeichnete, wie man einen Abwesenden mit spizen Bemerkungen verfolgt. Herr Schönstedt, der zwar Bundesrathsmittglied ist, hatte es vorgezogen, „fern vom Schuß“ sich der Verantwortung zu entziehen und dem schwer angegriffenen Genossen Heine keine Rede und Antwort zu stehen.

Den Einwand des Herrn Nieberding, es sei nicht wohl anständig, einen Abwesenden anzugreifen, fertigte Genosse Heine treffend mit der Gegenfrage ab: „Warum ist der Mann nicht da?“ und fügte hinzu: „Wir können doch nicht dadurch mundtot gemacht werden, daß die Herren wegbleiben.“ Gewiß wäre das ein probates Mittel, den schon lange gesuchten Maulkorb der Opposition vorzubinden.

Die Verhandlungen der beiden letzten Tage waren von je achthündiger Dauer, und die Reichsboten waren froh, den heimathlichen Penaten zu können. Der Zufall brachte es mit sich, daß die letzte Sitzung vor den Osterferien am 30. Jahrestag der ersten Sitzung des Reichstages stattfand. Von den dem ersten Reichstag angehörenden Abgeordneten gehören dem gegenwärtigen nur noch vier an, darunter Genosse Weber.

Table with 10 columns: 1. Ort, 2. Zahlstellen, 3. Zahl der Arbeiter, 4. Dauer der Arbeitslosigkeit in Wochen, 5. Die Arbeitslosen stehen im Alter von, 6. Die Arbeitslosen sind Verbandsmitglieder seit Jahren, 7. Von den Arbeitslosen sind, 8. Arbeitslos inf. Krankh., 9. Arbeitslos inf. Streit, 10. Nicht Arbeitslose arbeiten auf jetziger Arbeitsstelle seit Jahren.

Rundschau.

Künftig die Kirche besuchen ist die Hauptsache. Nach vielen Bemühungen war es den organisierten Bauarbeitern in Krefeld gelungen, bei der Behörde durchzusetzen, daß sie eine Bauarbeitergesetzgebung erließ.

Die Erfahrungen und Aussichten auf dem Arbeitsmarkt werden von Galber in seinem Buch 'Handel und Wandel' nach den Mittheilungen der öffentlichen Arbeitsnachweise an den 'Arbeitsmarkt' übersichtlich bearbeitet.

Table showing monthly statistics for 1898, 1899, and 1900. Columns: January, February, March, April, May, June, July, August, September, October, November, December.

Eine neue Gesundheitsordnung soll in Meiningen zur Einführung gelangen an Stelle der im Jahre 1838 eingeführten. Danach soll künftig die polizeiliche Zuführung des Gesundes, das widerrechtlich den Dienst verläßt oder ihn nicht antritt, in Wegfall kommen.

Noch im Anfange des Jahres war die Zahl der Arbeitssuchenden relativ geringer als in den Vorjahren; Industrie und Gewerbe hatten die verfügbaren Kräfte größtentheils aufgefangt; nur die todtte Saison in einzelnen Gewerben veranlaßte, wie alljährlich, das vorhandene Ueberangebot.

wurden 543 gezählt, darunter 18 Lernende. Handseher wurden bisher infolge Einführung der Maschinen 367 entlassen. Die Durchschnittsleistungen eines Maschinensehers schwanken zwischen 3500 und 9000 Buchstaben an der Linotyp und zwischen 3000 und 7000 Buchstaben am Typograph.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Bekanntmachungen des Vorstandes. Der Zahlstelle Altenburg wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung erteilt, ab 1. April d. J. einen Lokalbeitrag von 5 % neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben.

Bekanntmachungen der Gauvorstände. 19. Gau. Vorort Elberfeld. Anlässlich der bevorstehenden Quartalsabrechnung sehen wir uns veranlaßt, die Zahlstellenverwaltungen nochmals auf die Beschlüsse der letzten Konferenz aufmerksam zu machen.

20. Gau. Vorort Frankfurt a. M. In ihrer letzten Mitgliederversammlung hat die Zahlstelle Frankfurt a. M. die Bewählung des Gauvorstandes vorgenommen.

und besteht derselbe nunmehr aus folgenden Personen: B. Brückner, K. Fiebig, W. Henkel, A. Schott, W. Stinauer, W. Weidner und K. Wolf. Alle Anträge, Mitteilungen, Gesuche um Referenten, sowie Geldsendungen sind an B. Brückner, Haideplatz 1, zu richten.

Gemäß dem Beschluß der letzten Konferenz werden die Bevollmächtigten ersucht, die in ihren Zahlstellen als Referenten befähigten Mitglieder dem Gauvorstande mitzutheilen und sind diesbezügliche Zirkulare am 30. März an alle Zahlstellen des 20. Gaues versandt worden. Sollte die Sendung irgendwo nicht eingetroffen sein, so wolle man dieselbe sofort nachverlangen. Wo sich geeignete Redner am Ort nicht befinden, ist die Rücksendung des Formulars auch nicht erforderlich.

Frankfurt a. M., den 1. April 1901.

Der Gauvorstand.

J. A.: B. Brückner, Haideplatz 1.

Korrespondenzen.

Berlin. Die Korbmacher hielten am 26. März eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Kollege Welz berichtete über die Tätigkeit der Kommission. Darnach haben im letzten Jahre 14 Branchenversammlungen stattgefunden. Wegen ausgebrochener Lohnhöhen mußte mehrfach verhandelt werden, zum Streik kam es viermal, davon wurden drei gewonnen; der andere, wenn auch nicht verloren, so waren doch die Erfolge so minimaler Natur, daß es die Opfer nicht wert war. An Karten und Briefen wurden 206 ausgegeben und 95 waren eingegangen. In der hierauf folgenden Neuwahl wurde Kollege Welz als Obmann einstimmig wiedergewählt, als Kommissionsmitglieder wurden die Kollegen Goest, Massenth, Dingner und Richter gewählt und als Bibliothekar Franz Schmidt. In „Verschiebes“ machte der Obmann darauf aufmerksam, daß die vom Hauptvorstand ausgegebenen Fragebogen zwecks Korbmacherstatistik wahrheitsgetreu und von allen Korbmachern auszufüllen sind.

Freiberg. Wenn wir geglaubt hatten, der letzte Bericht der „Holzarbeiter-Zeitung“ würde die hiesigen Kollegen aus ihrer Gleichgültigkeit herausreißen, so haben wir uns sehr geirrt. Eine am 24. März stattgefundene öffentliche Holzarbeiterversammlung bewies dies am besten. Trotzdem wir jeden einzelnen Kollegen per Postkarte eingeladen hatten, hielten es die meisten nicht für nötig, zu erscheinen. Von circa 200 am Orte Beschäftigten waren nur gegen 40 erschienen. Verschiedene Mißstände anderer Werkstätten zu Tage. Es ist ein Stumpfsinn sondergleichen, wenn Kollegen, wie die in der Möbelfabrik von Heinrich, bei derartig niedrigen Löhnen, wie sie der vorige Bericht schilderte, es nicht einsehen wollen, daß nur durch gemeinsames Zusammengehen etwas erreicht werden kann. Die Diskussion in der Versammlung förderte noch verschiedene Mißstände anderer Werkstätten zu Tage. Es bestehen hier zwei Werkstätten für photographische Apparate, wo in letzter Zeit namhafte Reduzierungen der Akkordpreise vorgenommen worden sind, auch wird in einer Werkstätte von 8—6 Uhr ohne Mittagspause gearbeitet. Sonntagsruhe scheint für diese Bude auch nicht zu existieren. Desgleichen besteht hier eine Bürstenfabrik, wo gegen 100 Arbeiter beschäftigt werden; jedoch nicht ein einziger dieser Kollegen ist organisiert, da es ihnen bei Strafe der Entlassung verboten ist, dem Holzarbeiterverbande anzugehören oder auch nur Versammlungen zu besuchen, obgleich dieselbe Fabrik für Arbeiterkonsumvereine liefert (III). Noch zu erwähnen ist eine Korbmacherbude, in welcher meistens jugendliche Arbeiter beschäftigt werden und die Ausbeutung deshalb auch ungestörter betrieben werden kann, da die Kontrolle der älteren Arbeiter fehlt. Kollegen, derartige Mißstände aufzudecken, dazu werden die Versammlungen arrangiert, und es ist die Pflicht jedes Kollegen, dabei mitzuhelfen und nicht zu Hause zu sitzen und zu lamentieren oder zu schimpfen. Wert den alten Kastengeist, welcher von jeder die Freiburger Arbeitererschaft beherrscht hat, von Euch und schließlich Euch unseren Reihen an. Darum vorwärts und nicht gesäumt.

Glogau. Der Korbmachergehilfe Paul Aretschmer wurde am 6. Februar vom Schöffengericht zu Waldenburg wegen Hausfriedensbruchs zu drei Tagen Gefängnis verurteilt, welche er jetzt verbüßt. Derselbe hatte im November vorigen Jahres Flugblätter verteilt und auf die Aufforderung eines Tischlermeisters dessen Werkstatt nicht sofort verlassen. Es liegt im Interesse eines jeden Kollegen, einer solchen Aufforderung sofort Folge zu leisten, um solche Strafen zu vermeiden, aber trotzdem mit allen gesetzlichen Mitteln für die Ausbreitung seiner Organisation zu sorgen.

Goslar a. S. Am 21. März wurde hier eine öffentliche Holzarbeiterversammlung abgehalten, in der Kollege Leugen aus Halle referierte. Leider war diese Versammlung sehr schlecht besucht, wie das auch bei den regelmäßigen Mitgliederversammlungen der Fall ist. Hier besteht ein Stundenlohn von durchschnittlich 80 P., dabei ist aber der Lebensunterhalt reichlich so theuer wie in den Großstädten; aber die Kollegen können ja recht viele Ueberstunden machen und dadurch eine „Wasse Geld“ verdienen! Es kommt dabei nicht in Betracht, ob man zehn oder zwölf Stunden pro Tag arbeitet. Es ist bedauerlich, daß die Kollegen zu allen möglichen Klümmereien, wo zum Besten eines Bismarckdenkmals oder zur 200jährigen Krönungsfeierlichkeit und dergleichen, Konzerte gegeben werden, ihr Geld übrig haben, während für den Verband Keiner zu haben ist. Wenn man sieht, wie die Arbeitgeber sich bei Submissionen unterbieten, bei einem Bau auf den staatlichen Bergwerken war für Tischlerarbeit die Höchstforderung M 12 000 und die Mindestforderung ja. M 8000, bei Arbeiten in einer Schule das höchste Angebot M 424 und das niedrigste M 172, muß man auch sagen, daß es in erster Linie die Tischler sind, bei denen es wieder herausgeschunden wird. Darum, Kollegen Goslars, kommt pünktlich in die Versammlungen und sorgt dafür, daß auch die Nichtorganisierten herangezogen werden, denn nur, wenn wir eine starke Organisation am Platze haben, können wir uns vor den Uebergriffen des Kapitalismus schützen und besser Löhne und Lebensverhältnisse für uns erringen. Die Versammlungen finden vom 5. April an regelmäßig alle 14 Tage statt.

Heilbronn. Der vom Holzarbeiterverband, Zahlstelle Seilbronn, am 23. März arrangierte Vortrag war gut besucht, und fanden die Ausführungen des Kollegen Schweidert über das Thema: „Die Ursachen der gestiegenen Kohlenpreise“

allseitige Anerkennung und Beifall. Hieron ist besonders erwähnenswert, daß nicht die wirtschaftliche Lage des Kohlenarbeiters, die ja, wie Referent aus eigener Erfahrung weiß, die denkbar schlechteste ist, nicht die Ursache dieser Steigerung ist, trotzdem dieselbe sich in den letzten Jahren scheinbar ein wenig gebessert hat. Die scheinbare Besserung ist und wird es noch viel mehr durch die künftige Preissteigerung sämtlicher Lebensmittelprodukte mehr wie illusorisch gemacht. Ebensovienig können Jahre guter oder schlechter Geschäftskonjunktur, wie Referent treffend bemerkt, als Momente hierzu in's Feld geführt werden. Die Ursache ist hauptsächlich diejenige, daß es die Unternehmer der Kohlengruben bei Zeiten verstanden haben, das Interesse als Kapitalistenklasse zu erkennen und zu wahren, und zwar in so ausgiebiger Weise, daß sie heute die Produktion und Konsumtion auf dem ganzen Weltmarkt beherrschen und zum Diktator des Kohlenpreises für die ganze Menschheit ausgewachsen sind. Man sieht hier, mit einem Wort, den zum größten Machtfaktor ausgewachsenen Kapitalismus. Hier eine Bresse zu legen, wäre nur dadurch möglich, daß man die Kohlengruben verstaatlicht. Die Verstaatlichung ist für den Staat ja ein Leichtes, wenn es sich um Anlagen von Exerzierplätzen, den Bau von Eisenbahnen, Verstaatlichung von Privatposten u. s. w. handelt. Die Verstaatlichung der Kohlengruben herbeizuführen, ist aber dann nur möglich, wenn auch die Arbeiter ihr Klasseninteresse so voll und ganz erkennen, daß dieselben, wenn voll und ganz organisiert, im Stande sind, auf die Gesetzgebung einzuwirken. — Der am folgenden Tage abgehaltene Familienabend erfreute sich eines überaus guten Besuchs und verlief in schönster humorvollster Weise. Die gesammelten Vorträge, Theater u. s. w. waren wirkliche Glanznummern, wie auch eine feurige Ansprache vom Kollegen Schweidert eine lebhafteste Begeisterung hervorrief, so daß wir mit Befriedigung auf diese zwei Abende zurückblicken können, in der bestimmten Hoffnung, daß diese agitatorische Arbeit auch ihre Früchte trägt, und die Kollegen fester als bis dato zum Verband stehen, unsere Versammlungen, welche regelmäßig alle 14 Tage (nächste Versammlung am 6. April) stattfinden, besser und pünktlicher besuchen und die nichtorganisierten Kollegen zum Beitritt in den Verband aufmuntern.

Hornberg (Schwarzwalb). Auf Einladung der hiesigen Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes hielt Herr Fabrikinspektor Fuchs kürzlich in hiesigen Rathhaussaale einen Vortrag über: „Das Arbeiterchutzgesetz.“ Der Redner erläuterte in eingehender Weise die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes, und zwar über die gesetzlichen Vorschriften beim Eintritt in das Arbeitsverhältnis, die Schutzvorschriften, die hygienischen Bestimmungen, die Lohnzahlung und die Kündigung resp. die Kündigungsfrist. Er betonte, daß es von größter Wichtigkeit sei, von der Werkstatt- oder Fabrikordnung Kenntnis zu nehmen und wo solche erst aufgestellt werden, darauf zu dringen, daß die Arbeiter bei Ausarbeitung einer solchen Fabrikordnung zugezogen werden. Es läme häufig vor, daß beim Umte solche Fabrikordnungen vorgelegt werden mit dem Bemerkten, die Arbeiter seien mit den Bestimmungen einverstanden, nachher, wenn dieselben in Kraft treten, beklagen sich die Arbeiter, vergessen aber, daß sie selbst daran Schuld sind, und daß nichts mehr zu ändern ist, weil sie eben die Fabrikordnung unterschrieben haben, ohne dieselbe vorher durchzulesen. Hierauf erläuterte er die Bestimmungen über die Kinder-, Frauen- und Sonntagsarbeit. Betreffs der Arbeitszeit der männlichen Arbeiter bemerkte der Herr Inspektor, daß, abgesehen von bestimmten Arbeiterkategorien, wie der Väter, Müller u. s. w., gesetzliche Normen nicht festgelegt seien. Er halte dies aber auch für das Beste und verwies auf die Regelung dieser Frage, wie sie zum Beispiel beim Buchdruckerverband geübt werde, wo Delegierte des Verbandes der Buchdruckerbesitzer mit den Delegierten des Buchdruckerverbandes von Zeit zu Zeit die Lohnhöhe, sowie die Arbeitszeit festlegen. Dies sei ein Weg, auf welchem auch die Arbeiter der anderen Branchen die Löhne und die Arbeitszeit regulieren können. Der Herr Fabrikinspektor behauptete, daß es vielfach vorkäme, daß von den Einrichtungen, welche zum Nutzen der Arbeiter eingeführt seien, kaum Gebrauch gemacht würde. Es sei Pflicht eines jeden, besonders aber der älteren Arbeiter, darauf hinzuwirken, daß die Schutzvorrichtungen, welche das Gesetz in gesundheitlicher und sittlicher Hinsicht vorschreibt, vor Allem überall eingeführt und dann aber auch benützt werden. Werden dieselben nicht benützt, so schlagen die Gegner des Arbeiterschutzes aus diesen Umständen Kapital, indem sie sagen, die Vorrichtungen seien nicht notwendig, weil doch kein Gebrauch davon gemacht würde. Ein wichtiger Punkt sei die Reinlichkeit; werde dieselbe außer Acht gelassen, so werden unberechenbare und falsche Schlüsse über den kulturellen Stand der Arbeiter gezogen, was unbedingt zu vermeiden sei. — Erst, wenn die Schutzvorrichtungen überall erstrebt, und auch benützt würden, sei es möglich, daß noch bessere und vollkommener Bestimmungen zum Wohle der Arbeitererschaft verlangt und gegeben werden können. Nach dem Vortrag, welcher mit großem Beifall aufgenommen wurde, zog sich der Herr Fabrikinspektor auf ein Zimmer zurück, und konnten nun sonstige Angelegenheiten persönlich vorgetragen werden, welche Gelegenheit zahlreich benützt wurde. — Es liegt nun an den Arbeitern, die Rathschläge des Herrn Fabrikinspektors zu beherzigen zum Wohle des Einzelnen und zum Wohle der Allgemeinheit.

Krumbach. Am 24. März fand im Gasthaus „Zur Sonne“ eine sehr gut besuchte Holzarbeiterversammlung statt, in der Kollege Hanselmann aus Augsburg über das Thema: „Warum sind die Arbeiter unzufrieden?“ referierte. Der Redner fand vollen Beifall für seine vortrefflichen Ausführungen. Von den Meistern, die in der Versammlung anwesend waren, meldete sich trotz wiederholter Aufforderung Niemand zum Wort. Reisenden Kollegen diene zur Kenntnis, daß Herberge und Verkehrslokal bei Herrn Streit, Gasthaus „Zur Sonne“, ist.

Reg. In einer am 10. März hier abgehaltenen öffentlichen Holzarbeiterversammlung referierte Kollege Geis aus Mannheim über das Thema: „Die Kulturaufgaben der Gewerkschaften.“ Ein Vortrag, in dem er auf's Schärfste die schädigenden Wirkungen des Submissionswesens charakterisierte, und auf den Einfluß der Maschinen- und Frauenarbeit auf die Arbeitsverhältnisse näher einging, und in dem er besonders die sozialen Verhältnisse der Holzarbeiter gebührend würdigte, fand reichen Beifall. Seine Mahnung, daß sich recht viele Holzarbeiter zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen

Interessen dem Holzarbeiterverbande anschließen möchten, findet unter den hiesigen Kollegen hoffentlich recht weitgehende Berücksichtigung. Schon in der betreffenden Versammlung ließen sich mehrere Kollegen in den Verband aufnehmen.

München. Die Sektion der Bürstenmacher hielt am 19. März eine Mitgliederversammlung ab, in welcher die mißlichen Verhältnisse besprochen werden sollten, unter denen die bei Kleinmeistern beschäftigten Kollegen noch zu leiden haben. Nach einem trefflichen Referate des Kollegen Schebele wurden von verschiedenen Seiten diese Zustände einer herben Kritik unterstellt. Zu dieser Versammlung wurden auch die Herren Meister eingeladen, wovon von 14 Meistern vier erschienen waren, die sich selbst im zustimmenden Sinne in Bezug auf die vorgebrachten Mißstände äußerten. Die Arbeitszeit beträgt durchschnittlich elf Stunden. Die Löhne schwanken zwischen M 2 und 3,50 täglich für Akkordarbeiter. Nur ein Kollege, der bereits 20 Jahre in demselben Betriebe arbeitet, ist in der glücklichen Lage, einen Tagelohn von täglich M 3,50 zu erhalten. Nachdem die im Januar gewählte Kommission ihre Vorarbeiten zur Abänderung des Tarifes von Jahre 1890 beendet hatte, unterbreitete dieselbe zugleich der Versammlung die Vorschläge, die eine Verbesserung der Lage der Bürstenmachergehülfen herbeiführen sollten. In der Hauptsache bestehen die Forderungen in einem durchschnittlichen Zuschlag von 10 pSt. für die im Tarife von 1890 getroffenen Sätze für Akkordarbeiten. Ferner wurden noch nachstehende allgemeine Bestimmungen in Vorschlag gebracht: Die Arbeitszeit ist eine zehnstündige. Am Wochenschluß: Nachmittags 5½ Uhr Arbeitsschluß bei voller Bezahlung des Tages im Lohn. Der Minimallohn beträgt 30 P. pro Stunde. Bei Ueberstunden tritt ein Zuschlag von 83 pSt. ein. Außergewöhnliche Arbeiten werden im Lohn, eventuell nach Uebereinkunft ausgeführt. Ist der Lohn ein höherer als das angeführte Minimum, so tritt eine zehnprozentige Erhöhung ein. Der Tarif ist in jeder Werkstätte sichtbar aufzuhängen. Diese für eine Großstadt an sich gewiß recht bestehenden Vorschläge wurden von der Versammlung einstimmig akzeptiert, und die Kommission beauftragt, dieselben in einem geeigneten Rundschreiben den Herren Arbeitgebern zur Kenntniß zu bringen. Es kommen im Ganzen 14 Meister mit 27 Gehülfen in Betracht, darunter sieben Verheiratete mit fünf Kindern und 20 ledige Kollegen. Ebenso werden bei diesen Meistern noch zwölf Arbeiterinnen beschäftigt, die sämtlich im Akkord arbeiten müssen mit einem durchschnittlichen Verdienst von M 1,80 pro Tag. Wir richten nun an die auswärtigen Kollegen das Ersuchen, den Zugang von Bürstenmachern bis auf Weiteres fern zu halten.

Oldesloe. Unsere Zahlstelle ist vom 1. April ab obdachlos, sie hat keine Herberge, wo die zugereisten Mitglieder ihre müden Knochen ausruhen können. Die „Herberge zur Heimat“ geht ein, und die neue Heimat, die hier von städtischer Seite gebaut wird, ist kaum in Angriff genommen und soll erst am 1. Oktober d. J. fertig sein. Die beiden anderen Herbergen, die hier sind, lehnten es ab, mit uns in Verbindung zu treten. Darauf haben wir allerdings auch nicht viel gegeben, denn die Behandlung, der die zugereisten Kollegen da ausgehört sein würden, wäre nicht die wünschenswerthe. Hauptächlich läßt dieselbe in der Pentralherberge viel zu wünschen übrig, ist es doch vielfach vorgekommen, daß die zugereisten Handwerkerbesitzer am andern Morgen 50—70 P. Schlafgeld zahlen mußten. Darum ersuchen wir alle zugereisten Kollegen, sich bei ihrer Ankunft nach unserem Arbeitsnachweis, Seegergerstraße 22, beim Kassierer Wilhelm Ulrich, zu begeben. Derselbe erteilt bereitwillig Auskunft. Das Umschauen ist streng verboten. Wir bitten die umliegenden Zahlstellen, sowie die zugereisten Kollegen, hieron gütigst Notiz zu nehmen.

Pirna. Am 9. März fand die regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: Bericht und Diskussion vom letzten Gantag, Verbandsangelegenheiten, Verschiedenes.“ Zum ersten Punkt erläuterte Kollege Wed die Verhandlungen des Gantages. Eine Debatte entspann sich darüber, wie wir sie nicht immer zu hören bekommen. Sämtliche Redner sprachen mehr oder weniger ihre Mißbilligung über die vollständig negativ verlaufene Verhandlungen aus. Es wurden unter Anderen die Anträge einer nochmaligen Besprechung unterworfen, wobei zum Ausdruck kam, daß bei einigermaßen gutem Willen noch mancher gute Kern herauszuschälen gewesen wäre. Die Ansicht, welche nach dem Bericht und der dadurch entwickelten Diskussion in der Versammlung zum Ausdruck kam, war die, daß die Anwesenheit des Hauptvorstandes eine gewisse Befangenheit erzeuge, und von der Vortragszahlstelle beantragt wurde. Dieses wurde dadurch bekräftigt, daß etliche Kollegen die Haltung der Vortragszahlstelle kritisierten bei Gründung einer Zahlstelle in nächster Nähe Dresdens. Zugleich wurde betont, daß der Hauptvorstand in seiner Befugnis jedenfalls zu weit gegangen sei, indem er die Verhandlungen zu viel nach seiner Meinung beeinflusste. Zum Schluß der Debatte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute hier tagende Mitgliederversammlung fühlt sich mit Recht enttäuscht über das vollständig negativ verlaufene Resultat der Tagung des achten Gaues zu Dresden. Die Versammlung drückt ihr Bedauern aus, daß bei den Verhandlungen eine theilweise Befangenheit durch Anwesenheit des Hauptvorstandes, Herrn Klotz, und eine Kontrastströmung seitens der Vortragszahlstelle gegenüber den kleineren Zahlstellen durchblicken ließ. Da die durch Abhaltung von Gantagen entstehenden Kosten sich in keiner Weise mit den Erfolgen derselben decken, da solche in wichtigen Fragen nicht maßgebend sind, muß darauf hingewirkt werden, daß die Gantage nur alle zwei Jahre, und zwar kurz vor dem Verbandstage, einberufen werden. Die dadurch verbleibenden Gelder können zu einer nützlicheren Agitation verwendet werden.“ Da zu den beiden letzten Punkten kein wichtiges Material vorlag, wurde kurz darüber hinweggegangen und der vorgerückten Zeit halber die Versammlung geschlossen.

Spandau. Die Lage der hiesigen Holzarbeiter ist keineswegs eine günstige. Das liegt aber zum großen Theil an der Gleichgültigkeit der Kollegen der Organisation gegenüber. Namentlich die königlichen Fabrikarbeiter glauben, sie seien zeitweilig versorgt. Sie gehen lieber in Klubs und Klümmereien, als in den Holzarbeiterverband. Diese Herren denken nicht daran, ihre Lage zu verbessern, zum Vergnügen haben sie Geld, aber nicht zur Organisation. Die Löhne sind, den Verhältnissen angemessen, sehr niedrig; bei 60stündiger und noch längerer Arbeitszeit beträgt er M 18—24. Die Kor-

macher und Drechsler sind mitunter noch schlechter gestellt. Auch in der größten Bauwerkstätte (Firma Gebr. Reinde) ist die Gleichgültigkeit noch vorherrschend; von durchschnittlich 30 beschäftigten Tischlern sind höchstens fünf organisiert. Da nun Herr D. Reinde besonders arbeiterfeindlich ist (dieses beweisen seine „Reden“ als Stadtverordneter), so kann man sich einen Rückblick auf die Arbeitsverhältnisse in seiner Werkstätte machen. Wir hoffen, daß auch diese Herren einmal zur Einsicht kommen, und dem guten Beispiel der Kollegen in den kleineren Werkstätten folgen werden, zumal die Beschäftigung bei der Firma S. und D. Reinde eine periodische ist. Da Spandau von durchreisenden Kollegen immer ziemlich viel in Anspruch genommen wird, so bitten wir die Kollegen im eigenen Interesse, Spandau zu meiden, damit wir auch daran denken können, uns Berlin und seinen Vororten betreffs Lohn- und Arbeitszeit anpassen zu können.

Beischau. In der am 25. März abgehaltenen Mitglieder-versammlung sprach der Gauvorsitzer Stusche-Berlin über: „Worth und Nutzen der Organisation.“ Kollege Stusche erlebte seine Aufgabe zur vollen Zufriedenheit der Anwesenden. Leider war die Versammlung nicht dementsprechend besucht, wie es zu erwarten gewesen wäre, da doch die Mitglieder während der zwölfwöchigen Dauer des Streiks den Worth und Nutzen des Verbandes erlitten haben müßten. Es ist dies um so bedauerlicher, da doch die Verhältnisse durch den Streik keine besseren geworden sind, und die Kollegen doch eingesehen haben müßten, daß nur dann die Verhältnisse bessere werden können, wenn alle Mann für Mann nicht nur der Organisation beitreten und ihre Beiträge zahlen, sondern auch die Versammlungen regelmäßig besuchen, da sich doch die Kollegen in den Versammlungen über ihre Lage gegenseitig aussprechen können. Weiter wurde in derselben Versammlung die Neubildung der Ortsverwaltung vorgenommen, die während des Streiks nicht stattgefunden hatte. Dieselbe ergab nachfolgendes Resultat: Als erster Bevollmächtigter Gustav Berna, Schöneberg 37, als Stellvertreter Otto Köpcke, als Kassierer Fritz Kieper, Spreewaldstr. 13, als Schriftführer Franz Richter, als Notar Robert. Wir ersuchen die Ortsverwaltungen, davon Notiz zu nehmen, da doch im Adressenverzeichnis noch die Adresse des alten Bevollmächtigten enthalten ist.

Eingekandt.

Eine Korrektur der Begriffe.

Gegenüber der Behauptung des Kollegen Bauer in Nr. 12 der „Holzarbeiter-Zeitung“, der Ausschuß habe eine Korrektur des Verbandsstatuts vorgenommen, erscheint es mir zur Klärung der Sache angebracht, den Bauer'schen Begriffen eine kleine Korrektur angedeihen zu lassen. Es giebt Leute, denen es ungeheuer schwer fällt, eine Sache so darzustellen, wie sie wirklich abspielte, sie vermengen subjektives Empfinden mit den Thatfachen und kommen dann zu einem „windhischen“ Urtheil. So ergiebt es auch dem Kollegen Bauer, auf dessen Gedankenbahn die eine Ecke zu hoch steht, die ich ein Bißchen abridten muß.

Zum Verständniß der Mitglieder sei der Fall, wie er dem Ausschuß berichtet wurde und um den Kollege Bauer den Ausschuß der Rechtsbeugung bezichtigt, kurz recapitulirt:

Ein Kollege hatte das Unglück, daß ihm in einem Hause ein Fensterrahmen auf den Kopf fiel. Die Verletzungen, die der Kollege sich zuzog, hatten eine zeitlang die Arbeitsunfähigkeit desselben zur Folge. Der Verletzte machte den Hauswirth für den Schaden verantwortlich und klagte auf Grund des Bürgerlichen Gesetzbuches auf Schadenersatz. Im Termin kam zwischen beiden Parteien eine Einigung zu Stande und erhielt der Kollege A 50 Entschädigung.

Für diesen Prozeß soll der Verband die Gerichtskosten zahlen, weil der Kläger wohl vergessen hatte, dem Angeklagten auch die Kosten aufzuerlegen. Der Vorstand hatte ohne Begründung kurz den Antrag abgelehnt, und nun wandte sich Kollege Bauer an den Ausschuß, indem er sich bitter über die unbegründete Abweisung seitens des Vorstandes bellagte. Der Ausschuß hat nun gleichfalls den Anspruch zurückgewiesen und in höflicher Weise dem Kollegen Bauer die Begründung geschickt. Eigentlich bedurfte der Beschluß keiner Begründung, denn es ist klar, daß der Verband Privatklagen nicht zu vertreten hat. So lautete auch die prinzipielle Erklärung des Ausschusses. Denn der Unfall war nicht im Betriebe geschehen, ergo kein Anspruch auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes vorhanden. Nun habe ich in meiner Entgegnung gesagt, daß Rechtschutz nach unserem Statut nur gewährt wird, wenn der Streikfall dem gewerblichen Arbeitsverhältnis entspricht. Jeder, der lesen kann, wird sofort bemerken, daß es mir darauf ankam, den prinzipiellen Grundsatz zwischen Streitfällen privater Natur und solchen aus dem Arbeitsverhältnis und mit dem Arbeitsverhältnis zusammenhängenden klar zu machen. Ich habe nicht die Rechtsfälle, die § 3 des Statuts enthält, alle aufgezählt, weil keine dieser Rechtsstreitigkeiten vorlag. Schließlich hängen aber auch alle dort aufgeführten mit dem gewerblichen Arbeitsverhältnis zusammen. In diesem Rechtsstreit kommt aber noch das Eigenthümliche hinzu, daß der geschädigte Kollege sich auf keinen des Verbandes mit seinem Gegner einigt. Das Klagen geht doch nicht auf Vermögensverlusten. Kann der Kollege zu seinem Recht, dann mußte er oder der Gegner die Kosten tragen, für solche Unterlassungen in der Klagenscheidung — ich weiß nicht, ob der Rechtsstreit dem Kollegen Bauer daran schuld ist — kann der Verband nicht herangezogen werden.

So liegt der Streitfall, an den die Entscheidung geknüpft ist, und ich glaube, es dürfte kaum einen Kollegen geben, der eine andere Entscheidung nach dem Statut fällen könnte.

Gegenüber der Darstellung des Kollegen Bauer in voriger Nummer werden nun die Kollegen gewiß mit mir sagen: „A. Bauer, das ist gar was Anderes!“

Zum Schluß rühme der Kollege Bauer dann folgenden Artikel an den Ausschuß: „Und da möchte ich denn doch die Mitglieder des Ausschusses bitten — zumal ich mir nicht bewußt bin, ihnen Anlaß zu Widerlegung geboten zu haben — ihre Entschiede obsehr nachsichtig zu begründen, ganz gleich, ob es ein Mitglied in Potsdam oder eines der größten Fabrikanten, meinzeitwegen Berlin, betrifft.“

Der Ausschuß hat dem Kollegen Bauer durchaus nicht gering ein, im Gegentheil, ich glaube gerade mit unserem Entschiede den Vorstand in den Schranken zu stellen, der an-

scheinend keine Einschätzung vorgenommen hatte. Nun ist es auch nicht recht — Ich komme deshalb zu dem Schluß, der Kollege in Potsdam muß wohl seine eigenen Mäden haben Robert Schmidt, Vorsitzender des Ausschusses.

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie. Bockenheim. (Telegramm.) Zuzug von Drechslern fern halten.

Zuzug ist fern zu halten von: Tischlern nach Emden, Gelsenkirchen (Meherhofer), Norfisch, Schweiz (Müller), Schmellingen (Laufer), Ludwigshafen (Faling), Schwedt (Ernst Schulz); Tischlern, Drechslern u. Holzbearbeitungsmaschinen nach Peine; Tischlern und Bildhauern nach Ratibor (Tschander); Drechslern nach Hildesheim, Posen (Bendig & Söhne), Ratingen (Holzwaarenfabrik vormals Omar Ziller); Parketbodenlegern nach Hamburg (Gebr. Merz, Grimm 32); Stuhlmalern, Tischlern und Polstern nach Wilkau i. S. (Krebs), Münder am Deister und Umgebung, Hameisprunge (Fr. Koch); Kleiderbügelmachern bezw. Tischlern nach Berlin (Nordgauer & Co.); Riffenmachern und Spielwaarenarbeitern nach Gräfendorf a. Th.; Hornarbeitern nach Geislingen-Altenstadt (Kratwohl); Pianofortetischlern nach Reiz (Morenz); Stock- und Horndrechslern nach Ringersheim (Ringersheimer Stockfabrik); Bürsternachern nach Lippisprunge l. W. (Mulle & Jahrand), München; Werkzeugschreibern nach Schiltighelm im Elsaß (Jakob & Schid).

„Die Etche“, Organ des Gewerkevereins der deutschen Tischler (Hirsch-Dunder) sucht in ihrer Nummer 12 vom 22. März für die Firma Ferd. Bendig & Söhne in Posen, wo die Drechsler sich seit längerer Zeit im Streik befinden, „tüchtige Drechsler“ auf „dauernde Beschäftigung bei guten Akkordlöhnen“. Es ist eine alte Gepflogenheit der Hirsch-Dunder'schen Gewerkevereine, daß sie bei Streiks den Unternehmern gelegentlich aber um so bereitwilliger ihre Unterstützung leihen, um damit den Arbeitern in den Mäden zu fallen. Es genügt, hier diese Haltung zu kennzeichnen, ein Urtheil über solche Streikbrecherdienste werden sich unsere Kollegen wohl selbst bilden können.

Die Differenzen auf der Werft „Wulkan“ in Begejact sind bereits seit dem 23. März beigelegt. Einem Mißverständnis unserer dortigen Zahlstellenverwaltung zufolge sind wir erst heute in der Lage, diese Thatfache zu berichten. Der Zuzug von Modelltischlern nach Begejact ist also wieder freigegeben.

Aus den Berufen der Holzbranche.

Die Lokalorganisation der Berliner Stockarbeiter, deren Mitgliederzahl etwa 350 beträgt, hat beschlossen, dem Holzarbeiterverband beizutreten. Um den in der Minderheit gebliebenen Anhängern der Lokalorganisation entgegenzukommen, wurde der Beschluß auf ein Jahr vertagt. Nach Ablauf desselben wird über den endgültigen Uebertritt ebenf. Beschluß gefaßt werden. Wir begrüßen diesen Schritt mit Freuden, ist er doch ein Zeichen dafür, daß die Einigkeit unter den Arbeitern immer größere Fortschritte macht.

Städtische Arbeitsnachweise als Streikbrecher- vermittlungsinstitute. Wir verwiesen bereits in letzter Nummer auf die Thatfache, daß städtische Arbeitsnachweise Süddeutschlands für die Fenster- und Thürnenfabrik G. Fassig & Sohn in Ludwigshafen, deren Arbeiter wegen Lohnhöhen in Streik getreten sind, Arbeitskräfte vermitteln. Die „Fr. Pr.“ in Strassburg ist in der Lage, eine Postkarte zum Abdruck zu bringen mit dem gedruckten Abdruckvermerk: „Städtische Arbeitsnachweise Straßburg i. Elz., Schloßplatz 5, beim Künstler“, mittelst welcher ein Müllhaufener Schreiner in Kenntniß gesetzt wird, daß Herr Fassig und Sohn in Ludwigshafen Schreiner suche“. Der Adressat erhielt diese Auskunft bereitwillig, obgleich er bereits hatte, seiner Anfrage wie vorgeschrieben das Müllporto beizufügen. Die Dienstfertigkeit des städtischen Arbeitsnachweises war in diesem Falle freilich unsonst; der Arbeiter, der von der Firma bereits brieflich engagirt war, erhielt vor der Abreise Kenntniß von der ArbeitsEinstellung und blieb hier; immerhin dürfte es aber rathsam sein, dieses Institut auf solche Thätigkeit einer strengen Kontrolle zu unterziehen und durch seine Verwaltung, in der sich Freunde unserer Sache befinden, eine Abstellung dieses unhaltbaren Zustandes herbeizuführen. Denn besser ist gar kein Arbeitsnachweis, als ein solch arbeiterfeindlicher.

Die Holzindustrie Hermann Schmitt Akt.-Ges., Gyzek, Westpreußen, veröffentlicht soeben ihren Geschäftsbericht. Die Konjunktur wird als günstig bezeichnet. Die Leisensfabriken haben mit erhöhtem Umfange gearbeitet, und auch für das laufende Jahr sind größere Aufträge ertheilt worden. Die Theilnahme der Gesellschaft an der Norddeutschen Holzindustrie, G. m. b. H. in Hohenholm bei Bromberg, hat sich durch Uebernahme des größten Theils des Geschäftskapitals bedeutend vergrößert; die gemeinsame Zentralverkaufsstelle in Berlin wird beiden Werken nach Ansicht der Verwaltung erheblichen Vortheil bringen. Auch die Theilnahme an der Neukettener Holzbearbeitungs-fabrik A. Schreiber, G. m. b. H., hat der Gesellschaft große Aufträge gebracht. Der Reingewinn der Gesellschaft für das nur 11 Monate betragende Geschäftsjahr beträgt M. 144 892, wovon M. 14 300 Taxistemen und eine Dividende von 8 pZt. vertheilt werden sollen.

Eine Verzinsung des Kapitals von 8 pZt. in 11 Monaten — immerhin ein nicht zu verachtender Sappen für die Aktionäre.

Bei Bendig & Söhne in Königsberg ist seitens der Fabrikleitung die dankenswerthe Anordnung getroffen worden, daß verunglückte Arbeiter sofort in einer Droschke nach Hause resp. nach einer Heilanstalt befördert werden. Die ziemlich häufig vorkommenden Unglücksfälle werden diese Verfügung veranlaßt haben. Wie die „Königsb. Volksztg.“ mittheilt, ist diese Anordnung nun vor einigen Tagen in einer recht merkwürdigen Weise befolgt worden. Einem Arbeiter war ein schweres Ventil auf den Fuß gefallen und hatte denselben erheblich verletzt. Der Unfall passirte gegen 10 Uhr Vormittags. Um 12 Uhr wurde der Mann mittelst Droschke aber erst nach Hause gefahren und zwar in der Weise, daß er beim Kutscher auf dem Bock saß, während im Innern des Wagens es sich einige Herren Angestellte bequem machten, die auf diese Art schnell und trockenen Fußes in die Stadt zum Mittagessen kamen. Die Arbeiter können manchmal nur ahnen, zu was die zu ihrem Besten getroffenen Maßnahmen nicht Alles gut sind.

Die Polyphon-Musikwerke in Wahren bei Leipzig erlassen soeben ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1900, aus dem hervorgeht, daß mit Beginn des Jahres eine erhebliche Stodung einsetzte, die nicht zuletzt in dem Transaalkriege ihre Ursache hatte, und die bis zum Herbst des Berichtsjahres anhält. Die Folge war eine bedeutende Betriebseinschränkung und Arbeiterentlassungen. Erst vom Herbst an konnte das Geschäft wiederum voll arbeiten, mußte dann allerdings die Beobachtung machen, daß es nicht leicht ist, die entlassenen bewährten Arbeitskräfte in ebenso zweckmäßiger Weise zu ersetzen. Ob die Betriebsleitung sich diese Erfahrung zu Nutzen machen wird, wenn ihre Arbeiter in der Erkenntniß der Nothwendigkeit einer Besserung ihrer Lage und im Vertrauen auf ihre Tüchtigkeit und Unentbehrlichkeit mit billigen Forderungen an sie herantreten, ist nach ihrem bisherigen Auftreten den Arbeitern gegenüber sehr zu bezweifeln. Das rechnerische Ergebnis des Berichtsjahres stellt sich wie folgt: Der Betriebsergebnis beträgt M. 513 553,70, die Unkosten (inkl. M. 153 779,97 Zinsen, Deforte, Provisionen) M. 403 202, so daß ein Bruttogewinn von M. 110 651,70 verbleibt, von welchem an Abschreibungen M. 78 546,38 abgesetzt worden sind, so daß ein Reingewinn von M. 37 105,34 verbleibt, zu welchem an Vortrag aus 1899 hinzutreten M. 10 185,05 und sich insgesammt M. 47 290,39 ergeben. Unter Entnahme von M. 32 709,61 aus dem M. 140 000 enthaltenden zweiten Reserve- resp. Dispositionsfonds wird die Vertheilung von 8 pZt. Dividende mit M. 80 000 in Vorschlag gebracht. Im Vorjahr betrug die Dividende bei erheblichen Abschreibungen 25 pZt. Immerhin läßt es sich auch in mageren Jahren mit 8 pZt. Dividende für die „Polyphon“-Aktionäre ganz passabel leben.

Welch nachtheiligen Einfluß der südafrikanische Krieg auf die Musikinstrumentenindustrie ausübt, beweist allein schon die Thatfache, daß, einem Bericht des österreichischen Generalkonsuls in Kapstadt zufolge, die Einfuhr musikalischer Instrumente nach dieser Stadt im Jahre 1899 einen Rückgang von circa 17 000 Pfund Sterling, also circa M. 340 000 aufweist. Auch die Einfuhr nach Südafrika erlitt durch den Kapkolonie ist um circa 50 000 Pfund Sterling, also um ca. 1 Mill. Mark zurückgegangen.

Die Arbeitsverhältnisse in der Pariser Holzindustrie und vornehmlich in den dortigen Tischlereibetrieben sind nach uns zugehenden Mittheilungen nicht die günstigsten. Nach der vorjährigen Weltausstellung kamen die Geschäfte in Stodung, besonders im Monat Januar war die Arbeitslosigkeit sehr ungünstig. Unsere Pariser Bruderorganisation, das Chambres Syndikats des Ouvriers Ebeistes du Departements de la Seine, ist leider nicht stark und einflußreich genug, um unter der Pariser Kollegenchaft zur Feststellung der Arbeitslosigkeit eine umfassende Zählung der Arbeitslosen vornehmen zu können, doch kann nach dem übereinstimmenden Urtheil der Kenner der Pariser Möbelindustrie mit Sicherheit angenommen werden, daß in dieser Zeit wohl die Mehrzahl der Pariser Kollegen arbeitslos war. Auch jetzt liegen die Geschäfte noch sehr danieder und ist es für deutsche Tischler wenig empfehlenswerth, in der Jetztzeit Paris aufzusuchen.

Gewerkschaftliches.

Der Vorstand des Metallarbeiterverbandes plant eine vollständige Reorganisation nach Art des Buchdrucker- und Holzarbeiterverbandes. In der neuesten Nummer der „Metallarbeiter-Ztg.“ werden soeben die dahingehenden Anträge des Hauptvorstandes zu dem Pfingsten nach Nürnberg einberufenen Verbandstag veröffentlicht. Darnach sollen zur besseren Vertreibung der Agitation und Leitung der Organisation zehn Agitations- und Verwaltungsbezirke (so. G. u. e.) errichtet werden, mit einer besoldeten Person an der Spitze. Nach der Kalkulation des Vorstandes ist im Vorschlag pro Bezirk ein jährlicher Betrag von M. 5600—6000, also für alle zehn Bezirke zusammen ein Betrag von M. 55 000—60 000 in Rechnung zu stellen. Ueber die Grundzüge, von denen sich der Vorstand bei Anstellung der besoldeten Betriebsleiter leiten lassen will und die er dem Verbandstag zur Befürwortung unterbreitet, heißt es in der Begründung des Antrages wörtlich:

„Bezüglich der Besoldung der Bezirksleiter steht der Vorstand auf dem Standpunkt, daß diese Besoldung eine derartige sein muß, daß nicht nur der Betreffende damit auskommen kann und jeglicher Sorge um seine Existenz begeben ist, sondern daß sie auch eine Gewähr dafür bietet, daß sich nur tüchtige Kräfte zur Verfügung stellen und diese auch dann in ihrer immerhin aufreibenden Thätigkeit nicht erlahmen. Von dieser Auffassung ausgehend, hält der Vorstand ein Anfangsgehalt von M. 2000 im Jahre durchaus nicht zu hoch, schlägt aber unter Berücksichtigung des Umstandes, daß sich jeder Bezirksleiter erst einarbeiten muß, vor, das Gehalt für diese Beamten mit M. 160 pro Monat im ersten Jahre beginnen zu lassen, bei der Anstellung nach Ablauf dieses Jahres auf M. 180 pro Monat zu normiren und von da an eine monatliche Steigerung des Gehaltes um M. 5, bis zum Höchstbetrage von M. 3000 pro Jahr in Aussicht zu nehmen. Außerdem wären diese Beamten sicher zu stellen gegen Krankheit und Unfälle, die ihnen während ihrer Thätigkeit zustößen, und auch gegen die Schäden der Subalidität und des Alters. Eine derartige

Regelung, wie sie von uns vorgeschlagen ist, würde sowohl den Zielen unserer Organisation entsprechen, als auch die Gewähr dafür bieten, einen Stab von tüchtigen und schaffensfreudigen Beamten heranzuziehen, zum Vortheile unseres Verbandes.

Wir können uns zu diesen Grundzügen nur zustimmend äußern und geben der lebhaften Erwartung Ausdruck, daß sie auch auf dem Verbandstage dieser größten deutschen Gewerkschaftsorganisation gebilligt werden. Es würde das der Entwicklung unserer Gewerkschaftsbewegung jedenfalls sehr förderlich sein.

Ein weiterer Antrag des Vorstandes des Metallarbeiterverbandes an den Verbandstag ist von gleich großer Bedeutung für das deutsche Gewerkschaftsleben. Es handelt sich um nichts Geringeres als um ein Pensionsstatut für die Angestellten des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Dem beantragten Statut entsprechend, soll für alle Beamten nach neunjähriger Dienstzeit ein Ruhegehalt von M. 600 pro Jahr gezahlt werden. Es steigert sich mit der Dauer der Dienstzeit um jährlich M. 60 bis zu einem Höchstbetrage von M. 1800. Die Aufbringung der Mittel, die von einem hierzu eingesetzten Verwaltungsausschuß verwaltet werden, erfolgt durch Zuwendungen aus der Kasse des Deutschen Metallarbeiterverbandes, und zwar a) durch eine einmalige Zuwendung aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens des Verbandes als Stiftungsfonds; b) aus einem Jahresbeitrage in der Höhe von 5 pZt. der aus Verbandsmitteln gezahlten Jahresgehaltssummen und aus sonstigen Zuwendungen.

Pensionsberechtigung tritt mit dem vollendeten 60. Lebensjahr oder bei Dienstunfähigkeit infolge körperlicher oder geistiger Schwächung ein. Außerdem ist eine Regelung der Versicherungsfrage gegen Unfallgefahr der Angestellten für den nächsten Verbandstag in Aussicht gestellt.

Ursprünglich war eine Regelung aller dieser Fragen in Gemeinschaft mit den übrigen Gewerkschaftsverbänden geplant, so heißt es in der Begründung des Antrags. „Da aber nach der Stellung mancher Gewerkschaften zu schließen, an eine Verwirklichung dieses Planes trotz der Sympathieerklärung des letzten Gewerkschaftskongresses in absehbarer Zeit nicht gegangen werden dürfte, bleibt unserem Verbandsrat nichts weiter übrig, als die für ihn sehr brennende Frage selbst zu regeln, damit er vorkommenden Falles seinen Beamten gegenüber auch wenigstens gesichert ist.“

Die Annahme dieser Vorschläge würde für die gesamte deutsche Gewerkschaftsbewegung von vorbildlicher Bedeutung sein. Mit ihr wäre die Möglichkeit geboten, einen Stamm gut qualifizierter Beamten an die Gewerkschaften zu fesseln.

Ueber das Abonnement der Gewerkschaftspresse in Sachsen werden in dem soeben herausgegebenen Bericht des Zentralcomitês der sozialdemokratischen Partei Sachsens interessante Angaben gemacht. Darnach beträgt u. A. das Abonnement des „Textilarbeiter“ 8670, des „Grundstein“ 8120, der „Holzarbeiter-Zeitung“ 7838, der „Metallarbeiter-Zeitung“ 11 811. Im Ganzen waren auf 43 Gewerkschaftsblätter abonniert 80 701 Personen. Dabei fehlen nähere Angaben über die Verbreitung der „Gleichheit“ und des „Correspondenzblatt der Generalcomission“, sowie folgender Gewerkschaftsblätter: „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“, „Schneider-Zeitung“, „Steinseger-Zeitung“, „Solidarität für die Hüttenarbeiter im graphischen Gewerbe“, „Schiffszimmerer“, „Seemann“, „Fleischer-Zeitung“ und „Der Bureauangestellte“. Rechnen wir dieselben auf ungefähr 10 000, so ergibt das eine Gesamtanzahl von über 90 000.

90 000 Abonnenten auf Gewerkschaftsblätter und außerdem noch 80 400 auf sozialdemokratische Arbeiterzeitungen — Welch glänzendes Zeugnis unserer Aufklärungsarbeit. Wie lange noch, und wir werden es erleben, daß in jeder Arbeiterhütte die Arbeiterpresse zu finden ist.

Die Gewerkschaftsorganisation der Berliner Wildhauer feierte am 23. März das 25jährige Jubiläum ihres Bestehens. 25 Jahre besteht der Verein, ein für die Arbeiterbewegung gewiß nicht großer Zeitraum, aber dennoch für unsere Gewerkschaften ein ehrbares Alter, giebt es doch nur wenige, die sich dem Jubiläum gleichstellen können. Die 12 Jahre Sozialistengesetz haben fast alle in früher Mühe gebrochen und es mußte nach jener dunklen Zeit auf's Neue begonnen werden. Die Organisation der Wildhauer gehört zu den wenigen gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen, die das Sozialistengesetz überdauert haben.

Der Buchbinderverband hatte nach seiner soeben veröffentlichten Abrechnung am Schluß des letzten Jahres in 31 Zahlstellen einen Mitgliederstand von 11 725; davon waren 7958 männliche und 3767 weibliche Mitglieder. Nicht man in Betracht, daß im Laufe des 4. Quartals 1252 männliche und 839 weibliche Berufsangehörige dem Verband beigetreten sind, so zeigt sich, wie gewaltig sowohl bei den männlichen als auch bei den weiblichen Mitgliedern die Zahl der Jahreshüchigen nach Beendigung der Lohnbewegung war. Die meisten dieser neugetretenen Mitglieder fehlten bereits nach Zahlung eines oder einiger Wochenbeiträge dem Verbandsrat wieder den Rücken. Die Einnahmen der Verbandskasse im 4. Quartal beliefen sich auf M. 54 100,71. Die bedeutendsten sind darunter neben dem Eingehalt der Zahlstellen in Höhe von M. 30 322,93 die Zinsen aus dem Verbandsvermögen mit M. 4871,79, der für die Ausgabenerten gesammelte Betrag von M. 2698,71, die von Lohnbewegungen zurück erstatteten Gelder in Höhe von M. 1386,60 und endlich M. 14 000 Darlehen an die Verbandskasse, welches zu erheben notwendig war, um nicht Staatspapiere mit Verlust verkaufen zu müssen. Die Ausgaben der Verbandskasse belaufen sich auf M. 14 684,91. Die wichtigsten hierunter sind die für das Verbandsorgan mit M. 5015,11, die für Lohnbewegungen mit M. 4241,06 das an Zahlstellen zurück erstattete Darlehen von M. 1135 und die M. 500 für einen Kassenschrank. Der Bestand der Verbandskasse belief sich mit Quartalschluß auf M. 147 618,16, nach Abzug des in obiger Summe begriffenen Darlehensguthabens der Zahlstellen auf M. 132 825,16.

Der Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands hat nach seiner letzten Abrechnung pro viertes Quartal 1900 einen Mitgliederstand von 19 444 Personen, die sich auf 78 Verwaltungskreise vertheilen. Da uns Zahlen über den früheren Mitgliederstand des Verbandes nicht zur Verfügung stehen, so ist uns eine Würdigung der Bewegungsverhältnisse desselben nicht möglich. Nach dem gleichzeitig erstatteten Jahresbericht der Hauptkasse für das

Jahr 1900 erzielte der Verband im genannten Jahr eine Gesamteinnahme von M. 90 342,86, einschließlich eines Kassenbestandes von M. 11 259,71 am Beginn des Jahres. Die Ausgabe im genannten Zeitraum betrug M. 65 531,90. Davon wurden gezahlt an Unterführung bei Streiks M. 13 795,10, für Agitation M. 7629,98, für das Gewerkschaftsorgan M. 16 073,08, an Arbeitslojennunterstützung M. 4617,76. Bei Eintritt des neuen Jahres verfügte der Verband über einen Kassenbestand von M. 24 810,87.

Internationale Streikstatistik. Unter der Einwirkung der ungünstigen Geschäftslage nehmen die Ausstände immer mehr ab. Nach der Berliner Halbmonatsschrift „Der Arbeitsmarkt“ haben in Deutschland, Oesterreich-Ungarn, der Schweiz und in England im Februar dieses Jahres 68 Ausstände gegen 101 im gleichen Zeitraum des Vorjahres begonnen. In der Schweiz ist im Monat Februar kein einziger Streik ermittelt worden. Eine Ausnahme von der Regel macht Frankreich, das von großen Ausständen betroffen ist. Am 4. Februar traten die Damenschneider und Schneiderinnen in den Ausstand, um den Achtstundentag zu erringen; es beteiligten sich anfänglich 1200 Gehülfen an der Bewegung. In Montceau-les-Mines dauerte der Streik der Bergleute im Februar weiter. Die größte Streikbewegung konzentriert sich indessen auf Marseille, wo am dem Generalstreik der Hafenarbeiter sich Anfang Februar schon 5000 Arbeiter beteiligten; die Ausstandsbewegung dehnte sich im Laufe des Februar noch auf die Arbeiter anderer Berufe, namentlich Matrosen, Heizer, Kohlenausträger u. aus, so daß der Verkehr im Hafen fast ganz unterbrochen wurde. In Spanien streikten die Eisenbahnarbeiter auf der Linie Madrid-Lissabon. In Sijon ist ein allgemeiner Ausstand ausgebrochen, an dem sich 12000 Arbeiter beteiligten. Es wurde der Belagerungszustand proklamiert. In Südafrika haben 2000 Kaffern in Kapstadt die Arbeit niedergelegt.

Das Koalitionsrecht in Dänemark. Der von uns bereits in letzter Nummer der „Holzarbeiterzeitung“ berichtete Vorgang, daß der dänische Verkehrsminister einem Eisenbahnbeamten unterlagte, für die sozialdemokratische Partei eine Parlamentskandidatur zu übernehmen, und ihn dann zu einem Strafposten verlegte, hat außer einem energischen Protest von 19 Gewerkschaftsverbänden dänischer Staatsarbeiter noch zu einem Nachspiel im dänischen Parlament geführt. Der Sozialdemokrat Lyngsie wies dem Minister nach, wie tödlich sein Vorgehen in dieser Angelegenheit sei und wie es sowohl gegen die Verfassung als auch gegen das Wahlgesetz verstoße. — Der Minister brauchte demgegenüber allerlei Ausflüchte und meinte unter Anderem, er wolle die Staatsbahnangestellten gegen die sozialistische Sklaverei und Knechtschaft schützen. Aber Keiner der Abgeordneten kam ihm zu Hilfe, Keiner wagte sein Verhalten zu verteidigen. Schließlich beantragte der radikal-liberale Christensen-Stabil, dem Minister ein Mißtrauensvotum auszusprechen. Vor der Abstimmung verließ ein Theil der Konserverativen den Saal, die Uebrigen enthielten sich der Abstimmung, und auch hier wagte es Keiner, für den Minister einzutreten. Einstimmig sprach das Folkething dem Minister seine Mißbilligung aus. So achtet man in Dänemark das Koalitionsrecht der Arbeiter.

Von der englischen Gewerkschaftsbewegung. In dem von uns bereits in der Nummer 10 auszugswise angeführten Bericht des englischen Arbeitsamtes über den Stand der Gewerkschaftsbewegung werden auch interessante Angaben über das Alter der im Jahre 1899 bestandenen Trades-Unions (Gewerkschaften) gemacht. Dabei ist als Gründungsjahr dasjenige Jahr angenommen worden, in welchem die Union die gegenwärtige Form erhielt. Aus dieser Tabelle ist ersichtlich, daß vor 1825 bereits 33 oder 3 pZt. der Gewerkschaften bestanden, von 1825—29 war die Gewerkschaftsbildung sehr gering; es wurden nur 12 neue begründet oder 1 pZt. der Gesamtzahl. In den Jahren 1830—39 entstehen zwar auch nur 31 neue Trades-Unions, ihr heutiger Mitgliederbestand ist aber ein höherer, als derjenige, der in den ersten zwei Perioden begründeten. Die heute mächtigsten Gewerkschaften sind aber fast ausschließlich erst in der Periode nach 1850 in's Leben getreten, wobei allerdings an das oben Gesagte erinnert werden muß, daß nämlich in den 50er Jahren viele Verschmelzungen von kleineren Gewerkschaften zu einer stattgefunden haben. Nach der Mitgliederzahl berechnet, die die Gewerkschaften im Berichtsjahre zu verzeichnen hatten, ergibt sich für die fünf Jahrzehnte von 1850—1899 folgendes Bild: Es wurden Gewerkschaften gegründet von 1850—59 12 pZt., von 1860—69 15 pZt., sodann folgten 15, 25 und 19 pZt. Von den 1271 Gewerkschaften, die im Jahre 1899 gezählt wurden, sind 76 pZt. in den letzten 30 Jahren entstanden; diese umfassen zusammen aber nur 59 pZt. der Mitgliedschaften sämmtlicher Organisationen.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Was versteht man unter Garantierung des Zeitlohnes bei Affordarbeit? Diese Frage beschäftigte vor kurzem das Gewerbegericht zu Hamburg. Der der Verhandlung zu Grunde liegende Fall lag wie folgt: Der Kläger, Tischlergeselle N., hatte für den Beklagten W., Inhaber einer Mobilienhandlung, die Anfertigung eines dreitheiligen Ankleideschranks für den Preis von M. 200 im Afford übernommen. Schon während der Arbeit machte N. die unangenehme Entdeckung, daß er mit dem Affordpreis nicht auskommen könnte, tröstete sich aber damit, daß ihm jedenfalls ein Stundenlohn garantiert worden sei. Indessen glaubte der Kläger, für diese Arbeit einen Stundenlohn von 48 $\frac{1}{2}$ verlangen zu können, während der Beklagte nur einen Lohn von 44 $\frac{1}{2}$ Konzessieren wollte. Hierdurch ergab sich für den Kläger, der im Ganzen 472 Stunden an dem Schranke gearbeitet hatte, ein Minderverdienst von M. 18,98. Dieser Betrag wurde unter der Begründung von ihm gegen W. eingeklagt, daß er in letzter Zeit für die ausgeführten Arbeiten einen Zeitlohn von 48 $\frac{1}{2}$ pro Stunde beim Beklagten erhalten habe. Der Beklagte machte hiergegen geltend, daß bei Garantierung des Zeitlohnes bei Affordarbeiten immer nur der in seinem Vertriebe bezahlte Mindestlohn von 44 $\frac{1}{2}$ pro Stunde zu verstehen sei, mußte aber gleichzeitig zugeben, daß er während der Arbeit mehr bezahlt habe. Ob der Beklagte solche Mehrzahlung auf Grund rechtlicher Verpflichtung oder, wie er angebot, aus freiem Ermessen geleistet hat, ist gleichgültig; vielmehr war bei dieser Sachlage die Entschädigung von einem Gutachten über die

Frage abhängig zu machen, ob, wenn einem Tischlergesellen für Affordarbeiten der Zeitlohn garantiert sei, hierunter der ihm sonst gezahlte Zeitlohn oder der in dem fraglichen Betriebe übliche Miniallohn zu verstehen sei. Diese Frage wurde von den hinzugezogenen Sachverständigen N. und G. übereinstimmend in der Weise beantwortet, daß in solchen Fällen offenbar der dem betreffenden Gesellen sonst gezahlte Zeitlohn zu verstehen sei, wenn nicht ausdrücklich bemerkt werde, daß ihm bei Affordarbeiten ein geringerer Zeitlohn bezahlt werden würde. Hiernach erfordere es Treu und Glauben, die Vereinbarung der Parteien, betreffend Sicherung des Stundenlohnes, mit Rücksicht auf die Verkehrs-sitte dahin auszulegen, daß unter Stundenlohn der dem Kläger gezahlte Zeitlohn von 48 $\frac{1}{2}$ zu verstehen war. Dem Kläger wurde daher die eingeklagte Summe ohne Weiteres zugesprochen.

Technisches.

Was kostet die Pferdekraftstunde bei den verschiedenen Betriebsarten? Ueber diese Frage sind wir in der Lage, nach Mittheilung des Patent- und technischen Bureaus Richard Linders in Görlitz einige interessante, auf den neuesten Versuch beruhende Angaben zu machen. Ein Arbeiter, der im achtstündigen Arbeitstage M. 2,80—3 verdient und an einer Kurbel von 350 mm Länge mit einem Druck von 7 kg arbeitet, kann nicht schneller als 30 Umdrehungen in der Stunde machen; die Pferdekraftstunde des Arbeiters kostet unter Zugrundelegung dieser Zahlen M. 3,40. Bei dem am Göpel arbeitenden Ochsen kostet die Pferdekraftstunde 90 $\frac{1}{2}$, während das Pferd am Göpel die Pferdekraftstunde für 78 $\frac{1}{2}$ leistet. Bei einer Dampfmaschine von sechs Pferdekraften, welche in der Landwirtschaft nur jährlich 150 Tage und täglich zehn Stunden arbeitet, stellt sich die Pferdekraftstunde auf 18 $\frac{1}{2}$, bei einem Petroleummotor dagegen etwas höher, nämlich auf 27—30 $\frac{1}{2}$. Der Preis der Pferdekraftstunde einer Windmühle ist dagegen viel geringer; er stellt sich auf 8 $\frac{1}{2}$ selbst bei solchen Windmühlen kleiner Konstruktion, welche unter einer Pferdekraft bleiben. Die größte Sparsamkeit findet man bei den Wasserrädern, welche die Pferdekraftstunde zu 2 $\frac{1}{2}$ —3 $\frac{1}{2}$ liefern. Turbinen für größere Leistungen sind noch billiger.

Briefkasten.

Stehen, G. B. Wir halten die Veröffentlichung des Eingehalts für überflüssig, da ja in derselben Angelegenheit der Ausschuß selbst das Wort genommen hat. Landau, G. Wegen einer Probenummer müssen Sie sich direkt an Stabing's Verlag, Berlin-Schmargendorf, wenden. Bremerhaven, S. Aus Ihrer Frage geht nicht klar genug hervor, was Sie wollen. Wollen Sie die Adresse eines Möbelfabrikanten wissen, der an Wiederverkäufer liefert? Berlin, P. B. Ihr Eingehalt mußte Raummangels halber zurückgestellt werden. Wolgast. Der Stempel war dem Eingehalt nicht beigefügt, wie Sie sich durch Augenchein überzeugen können. Wenn Ihnen das nicht klar ist, daß wir ein solches Schreiben, das nicht beglaubigt ist und zudem sich noch in zweideutigen Angriffen gegen eine nicht genannte Firma ergeht, nicht aufnehmen können, so können wir Ihnen nicht helfen. Jedenfalls kann uns auch die Drohung mit Stuttgart nicht veranlassen, von unseren selbstverständlichen Grundregeln abzuweichen. Da Sie zu spät antworteten und das Eingehalt zudem umgeschrieben werden mußte, können wir erst in nächster Nummer darauf zurückkommen.

Quittung.

Vom 1. Januar bis 31. März sind von den Verwaltungsstellen nachstehende Beträge für Inserate eingegangen aus: Elberfeld M. 8,40, Heilbronn 1,20, Braunschweig 21,20, Landau 1, Altona 17,90, Kahl 1,40, Cöpenick 3, Witten —, 50, Offen 5,40, Wessungen —, 90, Deynhausen 1,40, Bären —, 90, Braackwe —, 60, Greifswald —, 40, Köpchenbroda 2, Eisenberg 3,30, Vornburg —, 90, Bremerhaven 5,70, Dresden 8,80, Einsiedeln —, 60, Duisburg 1,60, Görlitz 21,40, Zuffenhausen 1,50, Frankfurt a. M. 31,10, Göttingen 1,40, Cotsbus 3,30, Finsterwalde 4, Heidelberg 1,90, Erdmannsdorf 1,80, Bamberg 7,80, Wilhelms-haven 3,10, Freiburg i. Schl. 1,80, Lübeck 2,20, Potsdam —, 30, Bautzen 1,30, Rostock —, 60, Herne 3,40, Lauterbach 1,20, Verden 1,90, Bayreuth 1,50, Stendal —, 90, Eberswalde —, 50, Grövelingen 1,05, Bergedorf 2,80, Schmöln 3,80, Bredow —, 60, Zeulenroda 1,40, Stolp —, 60, Lößnitz —, 40, Lüneburg —, 60, Siegburg —, 40, Varel —, 40, Ravensberg —, 80, Offenbach —, 50, Wittenberg 1,10, Baden-Baden 1,20, Jgheot —, 50, Marbach 1,20, Habersleben —, 60, Sagan —, 80, Halle —, 60, Trebbin 3, Düsseldorf 18, Rastatt 1,70, Pirna 4,30, Bismar —, 80, Schramberg —, 60, Nürnberg 7,20, Oldestoe 1,50, Biesenthal —, 60, Neu-Ruppin —, 60, Freienwalde —, 60, Wernigerode 1,40, Hamburg 20,70, Coburg 1, Oberramstadt —, 40, Rößlau —, 90, Schwiebus —, 60, Köln 6,80, Lüdenscheid 5,80, Frankenthal 1,40, Schöneberg 2,80, Waldheim 1,10, Wickersleben —, 70, Colberg —, 55, Bünde 5,50, Starnberg 1,90, Charlottenburg 4,70, Teterow 1,60, München 7,10, Berlin 12, Br. Holland 1,80, Oibernhan 1, Leipzig 3,90, Staßfurt —, 80, Dörnigheim —, 40, Ingolstadt 1,40, Vöckern 1,90, Milheim a. d. Ruhr 2,90, Reine —, 90, Coswig 2,10, Chemnitz 2,10, Mühlhausen i. Th. —, 60, Rudolstadt 2,20, Straubing —, 40, Magdeburg 2,30, Wegeack —, 40, Gildesheim 1,90, Glashütte —, 60, Postchappel 3,40, Niesfeld 1,70, Wittorf —, 70, Wiesbaden 5,90, Straß-jund 1,10, Saarbrücken 1, Gesehacht 1,70, Anklam —, 40, Großenhain —, 60, Zeitz 10,90, Mannheim 2, Rue 1, Eulh 1,20, Delitzsch —, 60, Kisingen 1, Donaueschingen 1,20, Forstheim 2, Sagen 4,50, Freiburg i. B. —, 90, Sietin 6,10, Bredlau 3,40, Geisenkirchen 1,20, Hanau —, 60, Eupum 2,50, Ulm 1,20, Ludwigshafen —, 60, Jürth —, 30, Blauen i. B. —, 60, Neustadt a. d. Orla —, 40, Geringswalde —, 50, Celle —, 60, Münden —, 80, Gies-leben 3,70, Dessau 7,20, Weinheim 1, Rabenau 1,40, Dranien-burg —, 40, Jmenau —, 60, Ratibor —, 80, Eßlingen —, 60, Schönlanke 1, Hof —, 60 und Alzey —, 60.

An Abonnementsbeiträgen gingen ein aus: Arntley (L.) M. 1,65, Berlin (Sch.) 4,80, Babel (L.) 1,30, Bozen (L.) 4,08, Barbeden (S.) 3, Barmen (B.) 2, Ehmten-dorf (B.) 4, Erlen (U.) 1, Indianapolis (L.) 4, Kall (K.) 1, Mündenheim (St.) 3, Rheinfelden (Holzab.) 6, Salzburg (Holz-arbeiter) 2,04 und Zeitz (B.) —, 75.

Die Expedition der „Holzarbeiter-Zeitung“.

Veranstaltungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 A.)

Mitona. Die Mitgliederversammlung findet am 9. April nicht statt; dafür wird am Dienstag, den 16. April, eine öffentliche Versammlung im Lokale der Frau Ebler, Nordstr. 37, abgehalten. ...

Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstags Vormittags in unseren Händen sein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Alzen. Bevollm. Peter Klein, Schulgäßchen 2. Kassierer Joh. Walter, Kirchgasse 9. Herberge „Zum weißen Hof“, Subengasse 1. ...

Sterbetafel

des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Wilhelm Pfordte, Stellmacher, geb. 6. 1. 78 zu Bitterfeld, gest. 30. 3. 1901 an Vergiftung zu Bitterfeld. Ehre seinem Andenken! Die Ortsverwaltung.

Bürstenmacher.

Ein tüchtiger Bürstenmacher, der seit zwölf Jahren in einer größeren Fabrik thätig und besonders auch mit Einziehen, Waschen und Nischen bewandert ist, sucht anderweitig Stellung, am liebsten als Vorarbeiter usw. ...

Mehrere Stahlbauer, einen Polierer und einen flotten Maschinearbeiter sucht Robert Jäger, Eilenburg.

Tüchtiger Maschinearbeiter, gelernter Tischler, erhält sofort dauernde Stellung. Valther Thuraud, Zellerfeld (Harz).

Ein erprobter Drechsler sofort gesucht. Pledr. Heyne, Kiel, Lehmsberg 14, Bau- und Tischlereibetrieb in Krabisbetrieb.

3 Korbmacher auf Reiseförde, 2 auf Mantarbeit finden dauernde Beschäftigung bei Carl Apelt, Nüßberg a. d. E.

Korbmachergehülfe. Ein tüchtiger Gehülfe wird einer für Reparatur u. Befestigung. J. C. W. Müller, Bremen.

Ein tüchtiger Korbmacher auf Mantarbeit für sofort. H. Dietz, Hannover, St. Paulinger 39.

Ein tüchtiger Korbmacher auf Gemalt (Obstwe). Dauernde Arbeit. J. Reese, Korbmacher, Franz a. d. Elbe (Altlande).

Zwei tüchtige Korbmacher auf groß Gefleget werden sofort oder später gesucht. Paul Becker, Korbmacher, Nienburg a. d. E., Schloßstr. 16.

Gesucht ein tüchtiger Korbmacher auf grüne Arbeit. Heinrich Börner, Korbmacher, Neuhaus a. d. Oite.

Korbmachergehilfen auf Rohr- und Gestellarbeit sucht W. Bartelmann, Rostock i. M.

Zwei ordentliche Bürstenmachergehülfe werden auf dauernde Arbeit gesucht. C. H. Peetz, Bürstenfabrikant, Kinsballing per Steinfeld (Schleswig).

Zwei Bürstenmacher sofort gesucht. H. Schmoll, Stegen i. Westf.

Polierleinwand ist stets zu haben. Schäfer, Hamburg, Altonaerstr. 69.

Tischler-Fachschule Detmold

Drei- und sechsmonatlicher Kursus. Eintritt täglich. Bewährte Ausbildung.



Stübling's Holzbearbeitungs-Techniker. Berlin-Schmargendorf. Probe-Nummer gratis und franko. Bestes Fachblatt für die Grossindustrie.

Scherm's Reisehandbuch für wandernde Arbeiter. (Touren f. Radl.) Ueber 2000 Reisetouren. 1 Eisenb.- u. 2 Strassenkarten. Geb. M. 1.50. Durch J. Scherm, Nürnberg, Fürtherstr., u. alle Buchh.

Cigarren.

Außer unserer nebenstehenden Spezialmarke Regina à M. 3,75 empfehlen wir noch einige andere sehr beliebte Sorten:

- Malglockchen..... 2,50
Marke Tip Top..... 3,—
Meine Sorte..... 3,25
do. 300 Stück froo. 9,—
Cabinet..... 3,50
Camaradas..... 3,50
Blitzmädel..... 4,—
do. 300 Stück froo. 11,—
Felicia..... 4,50
Gloria Mundi..... 5,—
Sin Rival..... 5,—
Victoria..... 6,—
Fin de siècle..... 6,—

Denjenigen Rauchern, die keinerlei Werth auf d. Aeußere einer Zigarre legen, sondern lediglich auf gute Qualität sehen, empfehlen wir folgende

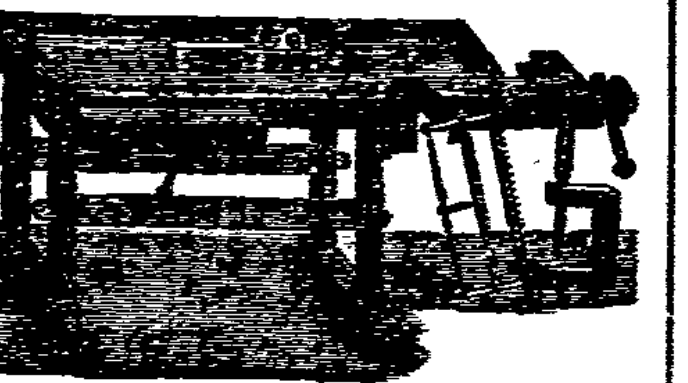
Auswahl-Sorten, welche zu 15—20 pZt. billiger sind, als dieselben Marken in rein sortierten Farben:

- Ausschuss E..... 2,50
do. 500 Stück froo. 12,—
Ausschuss S 1..... 3,80
Ausschuss S 2..... 4,20
Sumatra Felix, unfort. 4,50
Ausschuss III B..... 5,—

Ausführl. Preisliste franco. Versand nicht unter 100 Stück von einer Sorte gegen Nachnahme, von 300 Stück an portofrei, bei 1000 Stück 5 pZt. Rabatt.

Nicht Zusagendes nehmen wir auf unsere Kosten zurück.

Rauscher & Fabisch, Lieferanten zahlreicher Beamtenvereine und Fabrikskantinien. Berlin NW 6, Friedrichstr. 94, Fabrikgebäude, 1. Et. Sein Ladengeschäft.



Tischlerwerkzeuge, Hobelbänke. Titus Axen, Altona. Preislisten gratis und franko.

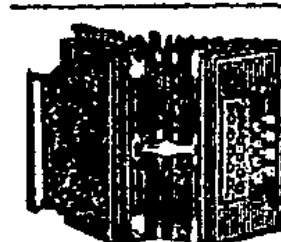
Reelle Zigarren-Offerte.

Offertieren den Genossen unsere vorzüglichsten Fabrikate in den Preislagen von M. 26 bis M. 100 pro Mille. Musterlisten zu Diensten. Köstler & Hofmann, Zigarrenfabrik, Sainewalde i. S.



Gratis und franko erhält Jeder meinen Pracht-Katalog mit ca. 2000 Abbild. v. Messern, Scheeren, Waffen, Fernrohren, Gold- u. Lederwaaren zc. Empfehle unübertroffen. Silberstahl-Nasirmesser m. Etui zu M. 2, desgl. Diamantstahl M. 8. Prima Stahl-Haushaltungsschere, 6 Zoll, 66 A gegen Nachnahme oder vorherige Kassa. Fritz Hammesfahr, Stahlw.-Fabrik, Focher-Solingen.

Genossen! Kauft nur den Weisheit von Jean Blos, Stein bei Nürnberg.



Meinel & Herold Harmonika-Fabrik Kilgenthal (Sa.) Nr. 103 versenden pr. Nachnahme anerkannsolche Concert-Zug-Harmonikas, ca. 34 cm hoch, u. garantirt fürchten Stimmen, offener Klaviatur, herbeff. Stahlfederung, 3 theil. (11 faltigem) Doppelbalg mit besten Metallschnecken (Edenscher) Doppelbalgen etc. ...

Konzert-Mundharmonika, prachtvoll in Ton u. Ausstattung, Messingplatten, Dedon gravirt u. aufgeschraubt, 80- u. 96tönig, 2 Seiten z. spielen. Mit 48 Tönen Std. M. 1,20, m. 80 Tönen M. 1,90, mit 96 Tönen M. 2,20. Diese Harmonikas sind auf's Feinste abgestimmt u. z. Spielen der komplizirtesten Musikstücke, wie Opern, Märsche zc., eingerichtet. Gebe diese Harmonika 8 Tage zur Probe und nehme sie unbedingt zurück. B. Fischer, Gera (R.), Friedrichstr. 6.

Tuchhobel ohne Klappe n. Keil

(Deutsches Reichspatent Nr. 88 696) zum Abputzen von feinstem Maserfournier, zum Kröpfen und zu jeder anderen Abputzarbeit. Rich. Gebel, Dahme i. d. Mark.

Muster von Herren- und Damenkleiderstoffen portofrei. Für 1 Mk. 65 Pf. 1 Meter 20 cm. englisch Leder zu einer Strapsenrose. Für 6 Mark 3 Meter Monopol-Cheriot in allen Farben zu einem gediegenen Anzuge. ...

Paul Horn, Hamburg Pappel-Allee 26-36 Eilbeck Pappel-Allee 26-36 Fabrik chemischer Produkte. Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken. Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den größten Fabriken dauernd Eingang verschafft. ...